

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **12. und 13. Sitzung**
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2010/2011
vom 8. November 2010

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: U. Bründler-Krismer (CVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Nachmittagsitzung: M. Stauber (Grüne)
Beide Sitzungen: Stadträtin V. Gick, A. Bosshart (FDP), U. Brügger (FDP), H. Iseli (EDU), St. Nyffeler (SVP), S. Stierli (SP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft

Nr.	Nr.	
1.*		Protokolle der 6./7. und 8./9. Sitzungen
2.*	10/101	Wahl eines Mitgliedes der Fürsorgebehörde für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
3.*	10/064	Verpflichtungskredit-Abrechnungen I/2010 (DFI)
4.*	10/080	Legislatorschwerpunkte 2010-2014 (DKD)
5.*	10/077	Objektkredit von CHF 1'530'000 für den Bau eines Grabfeldes für Muslimen/Muslime auf dem Friedhof Rosenberg (DTB)
6.	10/031	Genehmigung des Baurechtsvertrags mit HRS über Bau und Betrieb eines Parkhauses mit 630 Parkplätzen auf vier unterirdischen Geschossen unter dem Teuchelweiherplatz (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission) (DB)
7.*	10/023	Bericht und Antrag zur kommunalen Volksinitiative "zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Winterthur" / Gegenvorschlag des Stadtrats (DB)
8.*	10/072	Antrag und Bericht zur Budget-Motion R. Keller (SVP) und EVP/EDU-Fraktion betreffend Personalausbau bei der Stadtpolizei Winterthur (DSU)

- 9.* 08/113 Fristerstreckung für Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) (DSO) betreffend Auslagerung des Vollzugs der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich
- 10.* 10/019 Abschreibung der altrechtlichen Motion von E. Wohlwend (SP) betreffend (DB) Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen
- 11.* 10/027 Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), (DB) L. Banholzer (EVP) und M. Zeugin (GLP) betreffend reduzierter Salz-Einsatz im Winterdienst - Holzspäne statt Splitt
12. 09/114 Beantwortung der Interpellation J. Würigler (SP), N. Sabathy (CVP), (DB) L. Banholzer (EVP) und D. Berger (Grüne/AL) betreffend Steuerung und Einflussnahme auf den Gestaltungsplan in der QEZ Talgut
13. 10/008 Begründung des Postulats W. Badertscher (SVP) betreffend Betreuungsbeitrag an Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen
14. 09/132 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP), St. Schär (SVP) und (DSS) M. Läderach (EVP) betreffend persönliche Garderoben- bzw. Materialkästen für Schüler in Oberstufenschulhäusern zur Entlastung und zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Diebstähle und Vandalismus in den Schulhäusern
15. 09/019 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Baumann (SP), D. Berger (Grüne/AL) und B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betreffend Abklärung einer Mantelnutzung des Neubaus Stadion Schützenwiese mit studentischem Wohnen
16. 09/113 Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Sporthallen (DSS) in Winterthur
17. 09/125 Beantwortung der Interpellation M. Läderach (EVP/EDU/GLP) und (DSS) Ch. Baumann (SP) betreffend Räumlichkeiten für JMSW

* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B09/052 Imeri geb. Neloski Safetka, geb. 1964, mazedonische Staatsangehörige
2. B09/061 Ferati geb. Veseli Ibadete, geb. 1982, mazedonische Staatsangehörige mit Ehemann Ferati Shenasi, geb. 1975, mit Kindern Yllzon, geb. 2002, Ensar, geb. 2003 und Elma, geb. 2008, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
3. B10/005 Jevtic Dragoslav, geb. 1953 und Ehefrau Jevtic geb. Stankovic Marcia, geb. 1961, mit Kind Juliana, geb. 2000, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
4. B10/032 Vinasithamby Sivaseelan, geb. 1966 und Ehefrau Sivaseelan geb. Veerasingam Vasanthini, geb. 1966, mit Kind Sivaseelan Oviyah, geb. 1997, srilankische Staatsangehörige
5. B10/033 Crämer Agnes, geb. 1964, deutsche Staatsangehörige

6. B10/034 Csekö Moser geb. Lázár Maria Marta, geb. 1945, ungarische Staatsangehörige
7. B10/035 Hoti Gzim, geb. 1972, kosovarischer Staatsangehöriger
8. B10/037 Mauchle geb. Verder Maria Shiela, geb. 1973, mit Kind Brian Gabriel, geb. 2005, philippinische Staatsangehörige
9. B10/038 Romualdi Valter, geb. 1950 und Ehefrau Nesti Licia Maria, geb. 1950, italienische Staatsangehörige
10. B10/039 Senoglu Ayse, geb. 1985, türkische Staatsangehörige
11. B10/040 Zeqiri Ramë, geb. 1957, mit Kind Erenik, geb. 2004, kosovarische Staatsangehörige
12. B10/041 Beganovic Sanela, geb. 1975, mit Kind Samardzic Haris, geb. 1998, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
13. B10/042 Berati geb. Sulejmani Bedrije, geb. 1971, mazedonische Staatsangehörige
14. B10/044 Kryeziu geb. Shala Jetmire, geb. 1980 und Ehemann Kryeziu Jashar, geb. 1978, mit Kindern Florian, geb. 2002 und Florenta, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige
15. B10/045 Spasic Jovan, geb. 1953, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
16. B10/046 Testa Malik geb. Testa Sonia, geb. 1973, italienische Staatsangehörige und Ehemann Malik Mubarik Ali, geb. 1982, pakistanischer Staatsangehöriger, mit Kind Malik Samira, geb. 2009, italienische Staatsangehörige
17. B10/047 Kadriu geb. Miftari Emine, geb. 1978, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige und Ehemann Kadriu Afrim, geb. 1977, mazedonischer Staatsangehöriger, mit Kindern Senada, geb. 2002, Semra, geb. 2002 und Hana, geb. 2009, mazedonische Staatsangehörige
18. B10/048 Karabacak Burhan, geb. 1971, türkischer Staatsangehöriger
19. B10/049 Karakoca Hasan, geb. 1970 und Ehefrau Karakoca geb. Köçer Hanife, geb. 1970, mit Kindern Handan, geb. 1993 und Hande, geb. 2000, türkische Staatsangehörige
20. B10/050 Stevanovic geb. Mrdjen Dijana, geb. 1980, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
21. B10/051 Zogaj geb. Morina Have, geb. 1955 und Ehemann Zogaj Regjep, geb. 1949, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
22. B10/052 Coric Ivan, geb. 1966, kroatischer Staatsangehöriger
23. B10/053 Crnovrsanin Hajrudin, geb. 1972, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
24. B10/057 Kastrati Avni, geb. 1963 und Ehefrau Kastrati geb. Bajrami Nerxhiane, geb. 1962, kosovarische Staatsangehörige
25. B10/058 Koca Kenan, geb. 1981, türkischer Staatsangehöriger

26. B10/059 Krämer Reinhold Heinrich, geb. 1959 und Ehefrau Hübecker Krämer geb. Hübecker Astrid, geb. 1960, mit Kind Krämer Clara-Sophie, geb. 2001, deutsche Staatsangehörige
27. B10/060 Maliqi Zeqir, geb. 1953 und Ehefrau Maliqi geb. Beqiraj Nafije, geb. 1957, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
28. B10/061 Misimi Rasim, geb. 1959 und Ehefrau Misimi geb. Shali Alime, geb. 1958, kosovarische Staatsangehörige
29. B10/062 Sola Ilija, geb. 1958 und Ehefrau Sola geb. Jonjic Ruza, geb. 1961, kroatischer Staatsangehöriger
30. B10/063 Somasundaram Kandeepan, geb. 1970 und Ehefrau Kandeepan geb. Sivasubramaniam Vijitha, geb. 1976, mit Kindern Kandeepan Vithun, geb. 2003 und Kandeepan Viman, geb. 2005, srilankische Staatsangehörige
31. B10/107 Paula Domingos de Sousa Lidia, geb. 1997, angolische Staatsangehörige
32. B10/112 Aksoy Eren Cagri, geb. 1997, türkischer Staatsangehöriger

Ratspräsidentin U. Bründler begrüsst zur 12. und 13. Sitzung des Amtsjahres 2010/2011. Ganz speziell begrüsst die Ratspräsidentin den neuen Gemeinderat Norbert Albl (SVP). Für einige ist er ein alter Bekannter, war er ja bereits einmal Mitglied des Rates. Ratspräsidentin U. Bründler wünscht ihm viel Freude und Befriedigung in seiner Tätigkeit im Parlament.

Mitteilungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Idee, das älteste Haus an der Steinberggasse gemeinsam zu besichtigen, ist laut Umfrage nicht auf grosses Interesse gestossen. Dies nicht aus Mangel an Wissbegierde, sondern wegen Terminüberlastung. Wer sich trotzdem dafür interessiert, kann sich bei Herrn Spiess an der Steinberggasse 61 oder bei B. Baltensberger Informationen einholen.

Es wurde auch vorgeschlagen, den Film die 4. Revolution gemeinsam anzusehen. Stadtrat M. Künzle konnte einen Termin im Stadttheater organisieren. Die Filmvorführung findet am Donnerstag 3. Februar 2011 von 21.00 Uhr bis 23.00 Uhr statt. Zu gegebener Zeit wird den Ratsmitgliedern ein Anmeldeformular zugesandt.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert J. Romer (SP) zu ihrer neuen Stelle als Departementssekretärin des Departements Kulturelles und Dienste. Sie wünscht ihr alles Gute und viel Freude.

Persönliche Erklärung

F. Landolt (SP): Am 10. Oktober 2010 ist abends um 21.00 Uhr ein 16jähriger beim Hauptbahnhof verprügelt worden. Die Täter haben ihm gezielt aufgelauert. Auch als der Jugendliche bereits am Boden lag, haben die Täter in weiter mit Schlägen und Fusstritten traktiert. Offenbar konnte das beherzte Auftreten eines Unbeteiligten die Situation beruhigen. Das Opfer wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Es hatte einen zweifachen Nasenbeinbruch, eine Gehirnerschütterung und weitere Verletzungen erlitten. F. Landolt kennt den Jugendlichen, der verletzt worden ist, persönlich. Er hat ihn am darauf folgenden Donnerstag getroffen. Gemäss Auskunft des Vaters des Opfers, sind die Täter der Polizei bekannt. Sie halten sich

weiterhin am Hauptbahnhof auf. Das ist einigermaßen unverständlich und wirft Fragen auf. Die SP-Fraktion wird mit einer Interpellation oder mit einer Schriftlichen Anfrage Antworten verlangen.

Fraktionserklärungen

Y. Beutler (SP): Die SP-Fraktion hat mit grosser Genugtuung vom Rechtsgutachten betreffend Tagesstrukturen für die schulergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur Kenntnis genommen. In der gemeinderätlichen Debatte zum Famex-Nachtragskredit hat Gemeinderat St. Nyffeler dem Stadtrat unterstellt, dass er die Veröffentlichung des Gutachtens aus taktischen Gründen verzögere, da kaum Vorteilhaftes für den Stadtrat darin stehen werde. Das Gegenteil ist der Fall. Das Rechtsgutachten stellt klar, dass das Volksschulgesetz und die vom Gemeinderat erlassenen städtischen Verordnungen zwingend umgesetzt werden müssen. Die Stadt Winterthur hat keinen Handlungsspielraum. Die Kosten für die schulergänzende Kinderbetreuung sind gebunden. Stadträtin P. Pedergrana hat in ihrer Amtszeit als Vorsteherin des Departements Schule und Sport die Warteliste für die schulergänzende Kinderbetreuung abgeschafft. Anfang Jahr beschloss der Gesamtstadtrat aber eine Plafonierung der Betreuungsplätze und nahm damit erneut Wartelisten in Kauf. Gestützt auf das Rechtsgutachten ist klar, dass der Stadtrat diese Plafonierung sofort rückgängig machen muss. Die SP wird darauf achten, dass der vorgegebene Betreuungsschlüssel von 11 Kindern auf 1 Betreuungsperson nur in Ausnahmefällen überschritten wird. Das Rechtsgutachten lässt nur eine geringfügige Abweichung des Betreuungsquotienten zu und gibt dieser stadträtlichen Sparmassnahme eine Abfuhr. Auch der von Stadtrat St. Fritschi in Aussicht gestellt Lösungsansatz, die Nachfrage mittels Tarifierhöhungen nach unten zu korrigieren, wird die SP nicht einfach hinnehmen.

P. Fuchs (SVP): Winterthur ist eine Energiestadt. In den Legislatorschwerpunkten von 2010 bis 2014 spricht der Stadtrat die 2000-Watt-Gesellschaft an. Diese Ziele können nur mit Hilfe der Bevölkerung erreicht werden. Die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hat der Stadtrat vergessen. Wenn ein Betriebsinhaber persönliche und finanzielle Anstrengungen unternimmt, um seinen Betrieb zeitgemäss umzubauen und die vom Stadtrat angestrebten Ziele zu verwirklichen, kann er nicht mit einer Anerkennung seitens der Stadt rechnen. P. Fuchs spricht von einem Garagenbetrieb in Winterthur Töss. Es handelt sich dabei um einen Arbeitgeber von 16 Angestellten, der 5 Lehrlinge ausbildet. Im Rahmen des Umbaus und der Erneuerung des Betriebes wurden neue Ausstellungsräume geschaffen. Die Südfassade und das Dach des Neubaus wurden mit einer Fotovoltaikanlage ausgestattet mit einer beträchtlichen Leistung von 24'000 KWh. Wahrhaft eine grosse Leistung. Am Dienstag 5. Oktober 2010 fand anlässlich der Eröffnung eine Informationsveranstaltung statt. An den Stadtrat sowie an ca. 30 Chefbeamte und vermeintlich Interessierte in der Stadtverwaltung wurden Einladungen verschickt. Niemand hat dieser Einladung Folge geleistet. Das ist beschämend. Der Stadtrat hat sich entschuldigen lassen wegen eines Treffens mit dem Thurgauer Regierungsrat. Anständig, dass sich der Stadtpräsident und einige Stadträte und Stadträtinnen noch persönlich entschuldigt haben. Besonders erstaunt hat den Unternehmer, dass ausgerechnet der Energieminister der Stadt nichts von sich sehen und hören liess. Einige haben vergessen, dass auch Geschäftspartner – und das sind die KMU im besonderem Mass – manchmal eine Anerkennung brauchen, vor allem wenn sie mehr für die Stadt leisten als vorgeschrieben. Für die Standortförderung gibt Winterthur jährlich viel Geld aus, damit sich neue Betriebe in der Stadt ansiedeln. Die Ansässigen Betriebe erhalten keine Anerkennung. Ein zufriedenes Gewerbe trägt viel zum guten Klima in dieser Stadt bei.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Wer an der Klimawerkstatt war, hat gehört, dass der Stadtpräsident der Firma zu diesem Effort gratuliert hat. Wenn eine Firma die Anwesenheit der Stadträte und Stadträtinnen wünscht, dann wäre es ein Gebot des Anstands zu fragen, wann der Stadtrat Zeit hat. An diesem Tag war der Gesamtstadtrat beim Regierungsrat des Kan-

tons Thurgau. Verschiedene Geschäfte mussten erledigt werden. Es handelte sich um ein Arbeitstreffen. Der Stadtrat hat sich entschuldigt. Stadtrat M. Künzle hat schriftlich nachgedoppelt. Der Einsatz dieser Firma ist zur Nachahmung empfohlen. Stadtpräsident E. Wohlwend gratuliert dem Unternehmer zu seiner Leistung.

Dringliche Interpellation

betreffend Baugenossenschaft ASIG - Neuüberbauung "Tägelmoos" (GGR-Nr. 2010/107)

Ratspräsidentin U. Bründler: Für die Dringlichkeitserklärung muss die Mehrheit der Anwesenden zustimmen. Es sind 53 Ratsmitglieder anwesend.

R. Isler (SVP): Seit der Vorstellung des Vorprojekts zur Neuüberbauung „Tägelmoos“ bemühen sich viele Quartierbewohnende um die Anhörung und Berücksichtigung ihrer Anliegen. Viele befürchten, dass das Fahrverbot zwischen der Landvogt Waser-Strasse und der Wurmbühlstrasse aufgehoben wird. Mittels einer Petition mit über 1'000 Unterschriften haben sie ihre Befürchtungen kundgetan. Die unterzeichnenden Personen bitten den Stadtrat und die Verantwortlichen des Verkehrsdepartements, die Verbindung der Landvogt Waser-Strasse zur Wurmbühlstrasse nicht zu öffnen, auch nicht für den Betrieb der Baustelle der ASIG-Überbauung an der Wurmbühlstrasse. Diese Baustelle soll über die Etzberg- und Grünzefeldstrasse erschlossen werden. Die Anwohnenden haben mit der Petition ihre Sorgen und Nöte kundgetan. Bis dato hat der Stadtrat den Petitionären keine Antwort gegeben. Vor 14 Tagen haben bereits erste Bohrungen stattgefunden. Das Areal wurde abgeholzt. Man kann also damit rechnen, dass nächstens die Bagger auffahren werden. Zudem sind noch Rekurse hängig. Die Dringlichkeit ist offensichtlich. R. Isler dankt den Ratsmitgliedern für die Unterstützung der Dringlichkeit dieser Interpellation auch im Namen der Quartierbewohnerinnen und bewohner.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Dringlichkeit der Interpellation abstimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit grosser Mehrheit zu.

Stadträtin P. Pedernana: Zeigt eine Ansicht des Areals. Die Stadt Winterthur hat das Grundstück mit der Katasternummer 9600 an der Wurmbühlstrasse im Jahr 2005 an zwei Wohnbaugenossenschaften verkauft. Die Wohnbaugenossenschaften ASIG und GAIWO haben einen Projektwettbewerb durchgeführt. Mit den Nachbarn des Grundstückes hat die Stadt ein zivilrechtliches Verfahren geführt, um die Grunddienstbarkeiten zu klären. Das Verfahren wurde durch einen Vergleich erledigt. Damit konnte erreicht werden, dass das Projekt ausgeführt werden kann. Danach haben die Anwohnerinnen und Anwohner ein Rekursverfahren eingeleitet. Das Rekursverfahren wurde sistiert, weil das Projekt überarbeitet wird. Frage 1: Auflagen der verstorbenen Eigentümerin: Die Stadt hat die Liegenschaft im Jahr 1974 mit der Genehmigung des Gemeinderates erworben. Im Kaufvertrag hat sich die Stadt gegenüber der Verkäuferin verpflichtet, gemeinnützige Bauten mit sozialem Charakter wie zum Beispiel ein Alters- oder Pflegeheim, Alterswohnungen oder Sozialbauten zu erstellen beziehungsweise errichten und betreiben zu lassen. Zur dinglichen Sicherung ist eine Grunddienstbarkeit mit folgendem Wortlaut errichtet worden: „Der jeweilige Eigentümer der Liegenschaft 9600 ist gegenüber dem jeweiligen Eigentümer der Liegenschaft 9602 verpflichtet, auf der belasteten Liegenschaft städtische und durch die Stadtgemeinde Winterthur subventionierte Bauten mit sozialem Charakter, jedoch keine sozialen Wohnbauten für untere Einkommen zu erstellen.“ Das heisst für sozial Unterstützungswürdige und wirtschaftlich Schwache sollten diese Wohnungen nicht erstellt werden. Die Dienstbarkeit ist im Grundbuch zulasten des Kaufobjekts und zu Gunsten der angrenzenden Liegenschaft Katasternummer 9602 Alters- und Pflegezentrum Landvogt Waser-Strasse, heute im Eigentum der

GAIWO, eingetragen. Die Wohnbaugenossenschaften ASIG und GAIWO planen eine Gesamtüberbauung mit Familien- und Alterswohnungen. Es handelt sich nicht um Sozialwohnungen im herkömmlichen Sinn. Frage 2: Es ist richtig, dass die Baugenossenschaften für das Grundstück, während der Planungsphase, der Stadt keine finanzielle Abgeltung leisten müssen. Bei Grundstücksgeschäfte der Stadt Winterthur erfolgt die Eigentumsübertragung 30 Tage nach Vorliegen einer rechtsgültigen Baubewilligung. Bei einem Projekt mit einer so hohen Bausumme ist das Planungsrisiko recht hoch. Dieses Risiko hat sich jetzt konkretisiert. Verschiedene Rekurse sind gegen dieses Bauvorhaben eingereicht worden, die noch bei der Baurekurskommission anhängig sind. Das Projekt wird zurzeit überarbeitet.

Frage 3: Es wird unterstellt, dass es bereits beschlossene Sache sei, die Landvogt Waser-Strasse hin zur Garageneinfahrt der Wohnüberbauung Tägelmoos zu öffnen. Das ist aber noch nicht entschieden. In der Baubewilligung vom 28. April 2008 ist festgehalten, dass die Fahrbahnverengung zwischen der Wurmbühlstrasse und der Landvogt Waser-Strasse nur während der Bauzeit geöffnet wird. Frage 4: Ob der Pflanzenriegel exakt am gleichen Ort wieder erstellt wird, ist unerheblich. Wesentlich ist, dass die Verbindung zwischen der Landvogt Waser-Strasse und der Wurmbühlstrasse nach Abschluss der Bauphase wieder geschlossen wird und die Erschliessung des Gebietes wie bisher erfolgt. Frage 5: Der Verkehr soll in den Zentrumsraum von Seen geführt werden und dann erst zur Baustelle Tägelmoos, weil eine Alternative an der Schule, am Kindergarten und an Wohnbauten vorbeiführen würde. Sowohl die Landvogt Waser-Strasse wie auch die Seemerstrasse sind Groberschliessungen. Die Seemerstrasse ist eine Staatsstrasse und die Landvogt Waser-Strasse ist eine kommunale Richtplanstrasse. Die vorgeschlagene Erschliessung der Baustelle über den Etzberg und die Grüzefeldstrasse würde grösstenteils über Quartierstrassen führen. Das ist aus Sicherheitsgründen nicht zu bevorzugen. Zudem wären viel mehr Wohnungen vom Baustellenverkehr betroffen.

Frage 6: Gemäss der Auflage in der Baubewilligung muss der Baustellenverkehr mit geeigneten Massnahmen vom Fussgängerverkehr getrennt und entsprechend signalisiert werden. Die Verkehrsanordnungen betreffend Baustellenverkehr müssen mit der Stadtpolizei, Abteilung Verkehrstechnik, vor Ort abgesprochen werden. Der Schulweg und die Sicherheit auf dem Schulweg sind ein Thema auch anlässlich der Vergleichsverhandlungen mit den Rekurrentinnen und Rekurrenten. Streitpunkte wurden ausführlich besprochen und konnten zufriedenstellend gelöst werden. Die Massnahmen müssen von der Bauherrschaft vor Baubeginn in einem Baustellenkonzept aufgezeigt werden. Frage 7: Der Stadtrat ist verpflichtet zu einer Petition Stellung zu nehmen. Mit dem Schreiben vom 26. August 2009 hat er offiziell Stellung genommen. In diesem Schreiben hat der Stadtrat die Auffassung vertreten, dass der durch die Baustelle generierte Verkehr aus Sicherheitsgründen möglichst rasch auf das übergeordnete Strassennetz geleitet werden muss. Die Verkehrsführung über die Etzbergstrasse und die Wurmbühlstrasse ist nicht verantwortbar. Der Stadtrat hat festgehalten, dass bei einer Sperrung der Wurmbühlstrasse, mit Ausnahme des Veloverkehrs, nur Durchfahrten im Zusammenhang mit der Baustelle erlaubt sind, und dass für Fussgängerinnen und Fussgänger ein gesicherter Weg eingerichtet werden muss. Frage 8: Die Bohrungen auf dem Grundstück stellen eine zulässige Vorbereitungshandlung dar. Im Übrigen ist auch die Rodung von Büschen zum erstellen von Bauprofilen rechtmässig. Falls es noch weitere Fragen gibt, steht Stadträtin P. Pederngana gerne zur Verfügung.

J. Altwegg (Grüne/AL) hofft, dass während der Bauzeit kein Schleichverkehr in den Quartieren entstehen wird.

Ratspräsidentin U. Bründler: Bevor die Traktanden behandelt werden, möchte Stadträtin P. Pederngana sich zu Wort melden.

Stadträtin P. Pederngana: Es gibt in Winterthur eine sehr interessante Baustelle mit der sich auch der Gemeinderat befasst – gemeint ist der Bahnhofplatz Süd. Die Stadträtin zeigt anhand eines Plans die Situation beim Bahnhof. Dieses Grundstück wird sehr stark genutzt. Der Plan zeigt ein dichtes Netz von Leitungen im Untergrund des Bahnhofplatzes Süd. Auch der Abwasser- und der Hochwasserentlastungskanal fliessen unter diesem Gebiet hindurch.

Diese Baustelle ist sehr interessant und hat auch den Regierungsrat beschäftigt. In einer Ausstellung können weitere Einzelheiten besichtigt werden. Wenn sich die Ratsmitglieder überlegen, was man zusätzlich im Untergrund des Bahnhofplatzes bauen könnte, sollten sie sich die Ausstellung anschauen.

J. Würgler (SP) hat das Bild, das von Stadträtin P. Pedernana gezeigt worden ist, bereits anlässlich eines Ausstellungsbesuchs gesehen. Trotzdem wird in der Gruppe zur Förderung des öffentlichen Verkehrs immer wieder über Verbesserungen diskutiert. Ein Problem ist, dass es auf dem Bahnhofplatz ein bis zwei Mal pro Tag zu beinahe Zusammenstößen zwischen Fussgängern und Fahrzeugen kommt. Der Bahnhofplatz gehört zu den meist begangenen Plätzen in Winterthur. 100'000 Leute frequentieren diesen Ort täglich. Deshalb befürwortet J. Würgler eine unterirdische Fussgängerpassage. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt diesen Vorschlag umzusetzen. J. Würgler hofft, dass der Gemeinderat ihn unterstützen wird.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Traktandenliste wurde fristgerecht versandt. Traktandum 6 ist noch nicht behandlungsreif und wird von der Traktandenliste gestrichen. Die Traktanden 14 und 17 werden von der heutigen Liste abgesetzt, weil die Interpellanten abwesend sind.

Der Rat macht keine Einwendungen. Damit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Traktandum

Protokolle der 6./7. und 8./9. Sitzungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2010/101: Wahl eines Mitgliedes der Fürsorgebehörde für den Rest der Amtsdauer 2010/2014

Y. Beutler (SP) schlägt im Namen der IFK Regula Salm-Wild (SP) zur Wahl vor.

Der Rat macht keine weiteren Vorschläge, damit ist R. Salm-Wild (SP) gewählt.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert R. Salm-Wild zur Wahl und wünscht ihr viel Freude im neuen Amt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2010/064: Verpflichtungskredit-Abrechnungen I/2010

E. Wettstein (SP): Verpflichtungskreditabrechnungen sind ein Vergleich der tatsächlichen Kosten eines Projekts mit dem bewilligten Kredit. Für diesmal fallen die Abrechnungen sehr erfreulich aus. Lediglich bei 3 von 12 Projekten sind Mehrkosten entstanden im Umfang von rund 217'000 Franken, davon betreffen gut 200'000 Franken die Michaelschule. Bei den übrigen 9 Krediten haben sich Minderkosten ergeben im Betrag von 7,5 Millionen. Davon allein beim Unterwerk Wülflingen rund 5,5 Millionen. Hier wurde zu vorsichtig budgetiert. Die Generalunternehmung hat zudem bei der Auftragsvergabe sehr geschickt verhandelt. Auch das

teuerste WC in der Geschichte von Winterthur hat weniger gekostet als budgetiert – anstatt 360'000 Franken hat das WC rund 316'000 Franken gekostet. E. Wettstein bittet die Ratsmitglieder die Verpflichtungskreditabrechnungen abzunehmen.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Damit hat der Rat die Verpflichtungskreditabrechnungen abgenommen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2010/080: Legislatorschwerpunkte 2010-2014

R. Isler (SVP): Die Aufsichtskommission hat sich mit den Legislatorschwerpunkten 2010 bis 2013 auseinandergesetzt. Stadtpräsident E. Wohlwend hat erklärt, dass in dieser Legislaturperiode neue Wege in Bezug auf die Nachhaltigkeit beschritten werden sollen – nicht nur im ökologischen Bereich. Zu den Zielen gehören auch die ökonomischen und sozialen Bereiche. Grundsätzlich steht der Stadtrat vor neuen Herausforderungen, wobei gesagt werden muss, dass die Zusammenarbeit in allen Bereichen gut funktioniert. Das ist erfreulich. Im Weiteren wurde der Kommission erläutert, dass für den Prozess des Zusammenwirkens, der zu diesem Bericht geführt hat, externe Fachleute beigezogen wurden. Formal wurde der Bericht im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geändert. Über die Ausgangslage und die einzelnen Schwerpunkte hat sich in der Aufsichtskommission (AK) eine angeregte, aber keine aufgeregte Diskussion entwickelt. Ohne auf die einzelnen Punkte einzugehen, möchte R. Isler festhalten, dass berechnete Fragen und Anliegen aufgetaucht sind. So wurde grossmehrfach bemängelt, dass im Kapitel „Ausgangslage“ die Bilanz über die vergangene Legislaturperiode ausgeblieben ist. Es wäre wünschenswert, dass die Resultate mit den Legislaturzielen der letzten 4 Jahre verglichen werden. Trotz einzelner kritischer Anmerkungen hat die AK einstimmig die Legislatorschwerpunkte 2010 – 2014 zustimmend zur Kenntnis genommen. R. Isler dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten für die Arbeit. In diesem Sinn bittet er die Ratsmitglieder um zustimmende Kenntnisnahme.

M. Zeugin (GLP): Die GLP/PP-Fraktion ist hocherfreut über die Ziele des Stadtrates. Die Grünliberalen sind seit langem für ein qualitatives Wachstum. Die Weichen werden richtig gestellt, wenn Nachhaltigkeit zu den zentralen Zielen gehört. Was am Ende zählt, sind aber die Taten. Eine Rückschau zeigt, dass Ökologie auch in den letzten 4 Jahren zu den Legislaturzielen gehörte. Leider muss man die vergangene Legislatur in diesem Bereich als eine Legislatur der verpassten Chancen bezeichnen. Die Verbesserungen im Gebäudebereich – um nur ein Beispiel zu nennen – sind bei weitem nicht ausreichend. Das Problem liegt bei der Formulierung der Legislaturziele. Die Ziele werden nicht klaren Verantwortlichkeiten zugeordnet. Damit ist auch die Umsetzung in den kommenden Jahren fraglich. Ein weiteres Problem ist, dass die Bereitstellung der Ressourcen offen ist, so fehlt zum Beispiel eine Verknüpfung mit dem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP). Die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft ist ein ehrgeiziges und wichtiges Ziel. Die GLP/PP-Fraktion wird den Stadtrat unterstützen, damit er dieses Ziel erreichen kann. Aber man muss aufpassen, dass alle Massnahmen in die richtige Richtung gehen. So ist es zum Beispiel fragwürdig, dass Gasheizungen weiterhin so stark gefördert werden. Besser wäre es, wenn konsequent auf erneuerbare Energien gesetzt und nicht fossile Energie gefördert würde. Wenn die 2000-Watt-Gesellschaft erreicht werden soll, müssen alle Massnahmen auf dieses Ziel hin ausgerichtet werden. Ein weiterer Bereich ist der Wirtschaftsstandort. Auch hier fehlen klare Massnahmen. Es wäre wichtig in die Zukunft zu schauen und den Energiefcluster konsequent aufzubauen. Genau hier liegt künftig ein grosser Wirtschaftsbereich mit hoher Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen. Die Fraktion unterstützt den Stadtrat bei der Bildung von Eigenkapital. Das ist ein wichtiges Ziel, um Winterthur in den kommenden Jahren vorwärts zu bringen. Ebenfalls positiv sind die Massnahmen im Bereich der Stadtteilentwicklung. Es ist richtig, dass der Stadtrat sein Konzept konsequent weiterführt. Eine Stärkung der Stadtteile fördert nicht nur die Identität der Bewohner, Identität fördert auch Sicher-

heit, Sauberkeit und Eigenverantwortung. Die Ziele sind gut. Dem Stadtrat fehlt aber der Mut einen ganzen Schritt zu machen und die Ziele auch mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Die GLP/PP-Fraktion freut sich aber darauf, dass der Stadtrat den Tatbeweis antritt und diese Ziele verfolgt. Inhaltlich ist die Fraktion mit den meisten Zielen einverstanden. Die Schwerpunkte Ökologie und Förderung des Wirtschaftsstandortes sollten in Zukunft umgesetzt werden. In diesem Sinn nimmt die GLP/PP-Fraktion die Legislatorschwerpunkte positiv zur Kenntnis.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2010 – 2014. Zum überwiegenden Teil ist die Fraktion mit der generellen Zielsetzung, den Schwerpunkten, Leitlinien und den Vorhaben von hoher Bedeutung einverstanden. In dieser neuen Legislatur steht die Nachhaltigkeit im Vordergrund – nicht nur die ökologische, sondern auch die ökonomische und soziale. Das Wort Nachhaltigkeit ist zu einem Modewort verkommen. D. Schraft hat deshalb die eigentliche Bedeutung dieses Worts nachgeschlagen. Ökologische Nachhaltigkeit wäre eine Lebensweise, die die natürlichen Lebensgrundlagen nur in dem Mass beansprucht, wie diese sich regenerieren können. Ökonomische Nachhaltigkeit bedeutet, dass eine Wirtschaft dann nachhaltig ist, wenn sie dauerhaft betrieben werden kann. Soziale Nachhaltigkeit bedeutet, dass ein Staat oder eine Gesellschaft so organisiert sein sollte, dass sich soziale Spannungen in Grenzen halten und Konflikte nicht eskalieren, sondern auf friedlichem und zivilem Wege ausgetragen werden können. Aus dem gerade Gesagten ergibt sich, dass es kaum möglich ist, nachhaltig zu leben. Man kann lediglich versuchen, diesem Nachhaltigkeitsprinzip so nahe wie möglich zu kommen.

Die Grüne/AL-Fraktion kritisiert folgende Punkte: 1. Wohnraum für alle: Die Fraktion wünscht sich, dass dieses Vorhaben von hoher Bedeutung wirklich ernsthaft verfolgt wird. Es wird immer schwieriger in Winterthur billigen – nicht nur günstigen – Wohnraum zu finden. Im Traktandum 12 wird die Grüne/AL-Fraktion mehr dazu sagen. 2. Der Satz Seite 19 ist ein Oxymoron. „Damit die Gartenstadt erhalten bleibt, soll das Wachstum durch innere Verdichtung erfolgen“. Beide Ziele – „innere Verdichtung“ und „Erhaltung der Gartenstadt“ – sind Ziele, hinter der die Grüne/AL-Fraktion stehen kann, die sich aber eigentlich widersprechen und sich gegenseitig aufheben. Eine Gartenstadt bedeutet mehr als nur Stadtparks. Private Hausgärten prägen das Bild der Stadt. Winterthur hat keinen See, keinen Fluss, dafür hat die Stadt viele Gründflächen. Verdichtung heisst mehr Leute, mehr Autos auf gleichem Raum. Die Fraktion wünscht sich, dass eine Verdichtung nach innen nicht automatisch dazu führt, dass noch mehr Flächen versiegelt werden und noch mehr Freiflächen verschwinden. Dieser Spagat ist kaum zu schaffen und es ist zu hoffen, dass das dem Stadtrat gelingen wird. 3. Gebietsentwicklung Neuhegi: Der Stadtrat schreibt, dass eine massvolle Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV) angestrebt wird. Auch im Kapitel über die Mobilität steht, dass der Zuwachs im Wesentlichen durch den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr bewältigt werden soll. Im regionalen Gesamtverkehrskonzept, das jetzt durch ein städtisches ersetzt wird, war noch die Rede von einer Senkung des MIV, jetzt soll er massvoll erhöht werden. Die Grüne/AL-Fraktion ist enttäuscht darüber, dass dem Privatauto immer noch eine so hohe Bedeutung zukommt. Das wird Winterthur dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft nicht näher bringen. 4. Gar kein Kapitel erhalten hat der Naturschutz – er wird lediglich in verschiedenen Kapiteln erwähnt. Eigentlich gäbe es einiges zu tun. Als die Grünen in die Politik eingestiegen sind, war Naturschutz das Thema. Jetzt kümmern sich alle ein wenig um Ökologie und Umweltschutz. Der eigentliche Naturschutz geht dabei immer mehr verloren. Ein Beispiel ist die Vernetzung der Naturschutzgebiete in Zusammenarbeit mit den Landwirten. Es wird Zeit, in den klassischen Naturschutz wieder mehr Energie hineinzustecken. Das sind die Hauptkritikpunkte der Grüne/AL-Fraktion. Mit den übrigen Punkten ist die Fraktion zufrieden. Diese Legislatorschwerpunkte sollen dem Stadtrat nicht nur als Absichtserklärung dienen, sie sollen vor allem ein Arbeitsprogramm sein.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zu den Legislaturschwerpunkten. Es ist ein schönes Menu mit vielen Zutaten, vereinzelt mit etwas wenig Salz und Pfeffer und einem Haar in der Suppe. Der Stadtrat hat mit diesem Werk die Situation gut erfasst und die Schwerpunkte definiert. Die Legislatorschwerpunkte sind aber zu politisch formuliert. Der Stadtrat schreibt: „Wir streben an“, „setzt sich ein“, „massvoll“. Diese Ausdrücke sind etwas vage und bilden keine echte Herausforderung. Zum Apéro etwas Salziges. Die Beschreibung der Ausgangslage kann die Fraktion teilen. Der Stadtrat hat erkannt, dass die Verkehrspolitik in der letzten Legislatur nicht den notwendigen Erfolg gebracht hat. Vorspeise: Die generelle Zielsetzung, die der Stadtrat aufführt, macht Sinn. Mehr Solidarität ist gut, Freiraum für innovative Kräfte ist sehr gut und mehr Eigenverantwortung gefällt der FDP am besten.

Die Finanzpolitik und das Haar in der Suppe: Die Chance, die der neue Finanzausgleich bietet, zeigt sich ansatzweise in der geplanten Erhöhung des Eigenkapitals. Leider ist im ganzen Dokument kein Ziel zur Entwicklung des Steuersatzes zu finden. Offenbar ist der Maximalsteuersatz für den Stadtrat zur Gewohnheit geworden. Für die FDP ist das nicht der Fall. Sie will es noch erleben, dass man in Winterthur weniger als den Maximalsteuersatz bezahlen muss. Hauptgang: Wirtschaftsförderung, gute Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze in Winterthur gehören zu den wichtigsten Bestandteilen. Wenn es der Wirtschaft gut geht, können auch reichhaltigere Beilagen offeriert werden. Diese Beilagen haben eine grosse Bedeutung, jede für sich ist wichtig – ob Wohnraum, berufliche Integration etc. Was der Stadtrat will, ist allen Recht getan. Das ist vielleicht etwas zuviel. Bei so vielen Menüpunkten sind Zielkonflikte programmiert. Man muss sich für etwas entscheiden. Ein leichtes Dessert ist die effiziente Stadtverwaltung. Mit Fokus soll die Stadtverwaltung einen kalorienreduzierten Joker in die Hände gespielt erhalten. Zusammengefasst: Trotz Haar in der Suppe, handelt es sich um ein grosses Menu. Die FDP findet es gut, wird aber nicht mit der Kreditkarte bezahlen.

R. Keller (SVP): Die SVP vermisst bei den meisten der genannten Schwerpunkte konkrete Zielsetzungen oder zumindest erreichbare Teilziele. Es werden Luftschlösser gebaut ohne Verbindlichkeit. Bei genauer Betrachtung stösst man auch auf Widersprüche – zum Beispiel unter dem Punkt: „Nachhaltige Mobilität gewährleisten“. Der Stadtrat setzt den Schwerpunkt auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr. Im Bericht wird erwähnt, dass die Leistungsfähigkeit der Hauptachsen gesichert werden soll. Gleichzeitig sollen die Quartiere vor dem Durchgangsverkehr geschützt werden und es sollen mehr Busspuren geschaffen werden. Hier sieht die SVP ein Problem. Auf den Strassen in Winterthur sind bauliche Massnahmen gar nicht möglich. Werden zusätzlich Busspuren geschaffen, wird der rollende motorisierte Verkehr noch mehr zum Langsamverkehr. Dann gibt es in Winterthur noch den langsamen Verkehr und den öffentlichen Verkehr. Ein weiterer Punkt ist die Umsetzung des Masterplans Stadtraum Bahnhof. Die Umsetzung wird in den Legislatorschwerpunkten zwar erwähnt. Die SVP vermisst aber eine Aussage darüber, wie der Bürger in dieser Zeit informiert wird und wie gross die Einschränkungen sein werden. Im Übrigen nimmt die SVP-Fraktion den Bericht positiv zur Kenntnis.

N. Gugger (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und unterstützt die Legislaturziele. Der Stadtrat hat als generelles Legislaturziel die nachhaltige Entwicklung bestimmt mit den drei Bereichen, Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft. Für die EVP/EDU-Fraktion ist die Gesellschaft ein wichtiger Punkt. In den Voten wurde bereits viel über Ökologie und Ökonomie gesprochen. Die Aussagen von N. Gugger beziehen sich vor allem auf vier wichtige Vorhaben in Bezug auf die Gesellschaft. 1. Wohnraum für alle Bedürfnisse: Heute konnte man im Landboten lesen, dass in Winterthur mehr als 500 Personen in 160 Notwohnungen leben. Das zeigt auf, dass hier eine grosse Baustelle besteht. 2. Das gleiche gilt für die soziale und berufliche Integration. Auch hier steht die Stadt vor grossen Herausforderungen. N. Gugger denkt unter anderem an die Schulsozialarbeit. 3. Bedarfsgerechtes Angebot im Alter: Auch im Altersbereich bleibt noch sehr viel zu tun. Wichtig ist, dass die Gesamtheit der Gesellschaftsentwicklung im Auge behalten wird. 4.

Sicherheit im öffentlichen Raum: Auch das ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das die Bevölkerung der Stadt Winterthur sehr beschäftigt. Diese Sicherheit muss nachhaltig sein. Die EVP/EDU-Fraktion wird im Rahmen des Traktandums 7 wichtige Punkte in Bezug auf die Sicherheit ansprechen.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausarbeitung der Legislatorschwerpunkte und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Der Stadtrat erkennt in der Ausgangslage, dass diverse Handlungsfelder dringend analysiert werden müssen. Im Fall der Verkehrspolitik ist es dem Stadtrat in den letzten Jahren nicht gelungen, die Probleme zu lösen. Die Verkehrssituation bleibt problematisch. Obwohl Winterthur objektiv als sicherste Grossstadt beschrieben wird, sind subjektiv in der Bevölkerung Zweifel vorhanden. Auch die Wohnsituation muss verbessert werden. Die Legislatorschwerpunkte sind Antworten auf diese Herausforderung. Nicht alle Antworten können überzeugen. Positiv sieht die CVP-Fraktion folgende Schwerpunkte: In Bezug auf die Sicherheit legt der Stadtrat den Fokus auf die öffentlichen Plätze und Räume und insbesondere auf die Unterstützung durch technische Mittel. Das erhöht das Sicherheitsgefühl. Erfreulich ist auch, dass die Sportinfrastruktur von grosser Bedeutung ist. Ebenfalls positiv sind die Ziele im Bereich des Klimaschutzes. Hier muss die Stadt im vernünftigen Mass ansetzen und entsprechende Massnahmen ergreifen. Gerade in der Energiepolitik ist ein vernünftiges und massvolles Vorgehen notwendig. Etwas schwach und zu wenig konkret ausgeführt werden die beiden Schwerpunkte Verkehrspolitik und Wirtschaftsförderung. In der Verkehrspolitik wird der Schwerpunkt stark auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr gelegt. Das ist zwar notwendig, wird die Probleme mit dem MIV aber nicht lösen. Auch die Formulierungen zur Wirtschaftsförderung fallen allgemein etwas schwach aus und sind zu wenig konkret. Die CVP hätte konkretere Massnahmen erwartet. Insgesamt werden in den Legislatorschwerpunkten viele Themen erwähnt. Damit stellt sich die Frage, wie weit diese Ziele realisierbar sind. Das ist auch ganz stark von den Mitteln abhängig, die der Stadt zur Verfügung stehen. Die politischen Diskussionen werden zeigen, welche Ziele in den nächsten vier Jahren umsetzbar sind.

D. Oswald (SVP): Vieles ist bereits gesagt worden. Auf einige Punkte möchte D. Oswald noch hinweisen. Um die finanziellen Ziele zu erreichen, braucht es den neuen Finanzausgleich, der vom Kanton beschlossen worden ist. Darin sind sich sicher alle einig. Verschiedene Fraktionen wollen noch andere Ziele erreichen – auch was die finanzielle Situation der Stadt Winterthur anbelangt. D. Oswald ist guten Mutes, dass die Stadt auch in dieser Hinsicht vorwärts kommen wird, wenn die Ratsmitglieder in der kommenden Budgetdebatte zusammenhalten. Die SVP möchte auf das Problemfeld Verkehr hinweisen. Sehr erfreulich ist, dass der Stadtrat dem Verkehr in den Legislaturzielen das entsprechende Gewicht beimisst. Die Zusammenarbeit mit übergeordneten Ebenen funktioniert sehr gut. Das ist eine Voraussetzung, um weitere Schritte vorwärts zu machen. Wenn die Hauptachsen gut funktionieren, wird die Lebensqualität in den Quartieren erhöht, weil der Schleichverkehr reduziert wird. Zum Punkt der 2000-Watt-Gesellschaft hat die SVP eine differenzierte Meinung. Die 2000 Watt Gesellschaft hilft der Umwelt nur vordergründig, weil es schlussendlich nichts anderes heisst, als die Energie zu rationieren. Die 2000-Watt-Gesellschaft unterstellt, dass der Energieverbrauch grundsätzlich umweltschädlich ist. Das ist nicht der Fall. Schlussendlich bezieht die Schweiz fast zu 100 % CO₂ freier Strom. Wieso soll die Energie rationiert werden? Es wäre viel besser im Kanton die Emissionen zu senken. Das würde langfristig zu guten Ergebnissen führen.

Y. Beutler (SP): Winterthur ist kaum mehr wieder zu erkennen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der picklige Teenager zu einer veritablen Schönheit mit Mispotential entwickelt. Mit Winterthur verbindet man heute hohe Wohnqualität, Kultur, Bildung, Grünraum, Innovation, prosperierendes Gewerbe und Industrie sowie eine lebendige Ausgangskultur. Diesen Aufschwung hat die Stadt zu einem grossen Teil der umsichtigen und zukunftsgerichteten Politik des Stadtrates zu verdanken. Der Wandel, so sehr er zu begrüssen ist, hat jedoch auch Energie gekostet und in der Bevölkerung Unsicherheit hervorgerufen – zum Beispiel hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums – sowie neue Probleme geschaffen. So wer-

den heute zwar nicht mehr um 22 Uhr die Lichter gelöscht, dafür bringt die 24 Stunden Gesellschaft neue Herausforderungen mit sich, gerade im Bereich Sicherheit. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der Stadtrat in seinen Legislatorschwerpunkten vorderhand Erreichtes konsolidiert, Neuerungen sich setzen lässt und überprüfen will. Dass er sein Handeln dabei unter das Credo der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit setzt und das Getane – wie auch Unterlassenes – daran messen will, klingt beinahe selbstverständlich, ist es aber nicht und wird deshalb von der SP sehr begrüsst.

Winterthur ist die Summe der Menschen, welche hier leben. Es ist deshalb richtig, dass der Stadtrat den Dialog mit der Bevölkerung betreffend der weiteren Entwicklung der Stadt sucht und für ihn die hohe Lebensqualität für alle an erster Stelle der Schwerpunkte und Leitlinien steht. „Für alle“ bedeutet für die SP-Fraktion in erster Linie, dass der Fokus nicht einseitig auf der Steigerung der Steuerkraft liegen soll, sondern dass der Stadtrat alles daran setzt, dass Winterthur eine Stadt bleibt, welche auch für Familien, weniger Verdienende und ältere Menschen erschwinglich bleibt. Die SP erwartet vom Stadtrat, dass er die Chancen, welche sich auf den noch zu entwickelnden Arealen bieten auch im Hinblick auf die – hoffentlich – durch die Zusammenführung der Stadtverwaltung frei werdenden Liegenschaften nutzt und die Weichen entsprechend stellt. Kritisch beobachten wird die SP-Fraktion, was der Stadtrat hinsichtlich der Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs unternehmen wird. Die Aussage, dass der Zuwachs der Mobilitätsbedürfnisse „im Wesentlichen durch den ÖV und den Langsamverkehr“ abgedeckt werden soll, reicht nicht aus. In Anbetracht der bestehenden Engpässe muss der Stadtrat alles daran setzen, dass Winterthur als Velostadt noch attraktiver wird, zum Beispiel, indem Velowege sicherer gestaltet oder das von der SP geforderte Veloparkierungskonzept am Hauptbahnhof vordringlich behandelt werden. Für den Bus sollen umgehend wo immer möglich separate Spuren mit Bevorzugung geschaffen werden und das Projekt „Stadtbahn“ soll vorangetrieben werden.

Auch in weiteren Bereichen hätte sich die SP griffigere Ziele und konkretere Massnahmen gewünscht – doch anerkennt die Fraktion, dass es beim Festsetzen von Schwerpunkten um die Definition der Grundrichtung geht und noch nicht sämtliche Marschhalte im Detail ausgeführt werden können. In diesem Sinn kann die SP festhalten, dass die eingeschlagene Richtung stimmt. Und es stimmt zuversichtlich, dass es der Stadtrat auch in neuer Zusammensetzung geschafft hat, diese überparteiliche gemeinsame Grundlinie zu definieren, und dass er seine Ziele als Team erreichen will. In diesem Sinn nimmt die SP-Fraktion von den Legislatorschwerpunkten erfreut, hoffend und zustimmend Kenntnis und wünscht dem Stadtrat auch das notwendige Glück bei der Umsetzung.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Selbstverständlich schliesst sich M. Wäckerlin den Aussagen von M. Zeugin in Bezug auf die Umwelt an, vertritt aber noch einige andere Schwerpunkte. In vielen Punkten stimmt M. Wäckerlin den Legislaturzielen des Stadtrats zu. Er begrüsst die Ziele, welche sich die Stadt im Umwelt- und Energiebereich setzt. Stadt- und Gemeinderat müssen aber dazu beitragen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. Bei den Finanzen wird es mit dem neuen Finanzausgleich spannend. Die Stadt sollte sich aus der Abhängigkeit der Finanzkontrolle lösen und zu mehr Selbstständigkeit finden. Das Ziel, Eigenkapital zu äufnen, ist richtig. Der Maximalsteuersatz sollte gelegentlich zur Diskussion gestellt werden.

Zur Bildung: Die Qualität der verschiedenen Schulhäuser und Klassen innerhalb der Stadt scheint zum Teil sehr unterschiedlich zu sein. Obschon die Bildung grundsätzlich die Domäne des Kantons ist, erwartet M. Wäckerlin von der Stadt, dass sie alles mögliche unternimmt, um auf dem ganzen Stadtgebiet eine einheitliche Bildungsqualität zu erreichen, ganz besonders im Bereich der Volksschule. Dies beginnt damit, dass man die integrative Förderung mit Augenmass betreibt und sich darum bemüht, alle Kinder möglichst optimal zu fördern. Förderung brauchen nicht nur die Schwächsten, auch die mittleren und guten Schüler haben ein Anrecht darauf, dass man ihnen hilft, ihr Potential bestmöglich auszuschöpfen. Das bedingt, dass man Leistung schätzt und auch, dass die Lehrpersonen entsprechend ausgebildet werden. IF-Lehrer dürfen nicht nur sonderpädagogisch gebildet sein, sie müssen sich auch in Begabtenförderung auskennen. Unsere Kinder sind ein Potential, das wir maximal ausschöpfen müssen, da ist kein Franken zuviel investiert.

Zur Sicherheit: Obschon die Stadt Winterthur einen Spitzenplatz bezüglich Sicherheit einnimmt, was der kürzlich erstellte Sicherheitsbericht bestätigt, obschon die Bevölkerung sich vor allem bessere Beleuchtung und allenfalls mehr Polizeipräsenz wünscht, setzt der Stadtrat weiterhin auf Videoüberwachung. Gerade der Spitzenplatz der Stadt in Bezug auf Sicherheit, würde es der Stadt erlauben, die Sache gelassener zu nehmen. Das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung ist, laut kürzlich erfolgter Interpellationsantwort, vor allem auf schlechte Beleuchtung und die Anwesenheit «störender Personen» zurückzuführen. Winterthur braucht keine neuen Kameras, es braucht öffentliche Bauten, die bereits im Hinblick auf die Sicherheit geplant werden und es braucht an kritischen Stellen gute Ausleuchtung. Störende Personen lassen sich nicht durch Kameras vertreiben. Hier gibt es ohnehin unterschiedliche Aspekte, die berücksichtigt werden müssen. Zum einen ist klar, dass man von jeder Person einen gewissen Respekt vor dem öffentlichen Eigentum erwarten darf, auch eine gewisse Rücksichtnahme auf Anwohner, was zum Beispiel die Lärmerzeugung betrifft. Um Randalierer zur Vernunft zu bringen, hilft keine Kamera, wohl aber eine Polizeistreife. Die Piraten erwarten von den Polizeistreifen keine Nulltoleranz-Haltung, sondern ein freundliches, aber bestimmtes Auftreten. Man kann betrunkenen Personen auch auf die Beine und in ein Taxi helfen, statt sie gleich in die Ausnüchterungszelle zu stecken. M. Wäckerlin hält die Winterthurer Stadtpolizei in dem Punkt für vorbildlich, was er bei dieser Gelegenheit gern lobend erwähnt. Umgekehrt aber darf man von der Bevölkerung auch ein gewisses Mass an Toleranz erwarten, besonders natürlich im Zentrum. Das Ausgangsverhalten hat sich geändert und gerade in einer Grossstadt gehört es dazu, dass bis in den frühen Morgen gefeiert wird. Die Stadtregierung sollte nicht zu restriktiv sein, ohne dabei die Interessen der Anwohner zu vernachlässigen. Es ist auch äusserst problematisch, wenn man die Alkoholszene zwar vertreibt, ihnen aber keinen Platz zuweist, wo sie sich aufhalten dürfen. Es ist völlig klar, dass sich so das Problem nicht lösen, sondern nur verlagern lässt. Das Problem der Drogenkriminalität würde die Piratenpartei gern mit einer Drogenliberalisierung lösen, das heisst, mit einem geregelten Markt statt einer Prohibition. Dies muss aber auf höherer Ebene angegangen werden, weshalb die PP auch an den Kantonsrats- und Nationalratswahlen teilnehmen wird. Wenn die Stadt das Problem lösen will, sollte sie sich neben dem Methadon-Programm überlegen, wo und in welchem Umfang man Konsum und Handel von Cannabisprodukten tolerieren könnte. Dies würde die Kriminalität im Stadtpark wirksam eindämmen.

Zur Verkehrspolitik: In der Verkehrspolitik ist es dem Stadtrat nicht gelungen, auf übergeordneten Ebenen Unterstützung für eine das Zentrum entlastende Umfahrung und für neue Erschliessungsstrassen zu erhalten, wie der Stadtrat in seinen Legislatorschwerpunkten festhält. Tatsächlich sind dies die beiden grössten Probleme: Einerseits die Umfahrung von Winterthur, die durch die Verengung der Autobahn auf zwei Spuren und den dadurch provozierten Staus zu unnötigem Ausweichverkehr durch die Stadt führt, sowie die Erschliessung der Neubaugebiete, namentlich in Hegi. Für beide Probleme hat M. Wäckerlin noch kein überzeugendes Konzept gesehen. Man kann nicht andauernd auf den sogenannten Langsamverkehr, also Fussgänger und Velos, sowie den öffentlichen Verkehr verweisen, und dabei den motorisierten Individualverkehr stur vernachlässigen. Der öffentliche Verkehr und auch der Veloverkehr sind sehr wichtig und sollten gefördert werden. Selbstverständlich sollte man auch für sichere Velowege sorgen. Trotzdem ist der motorisierte Individualverkehr eine Tatsache. Dieser wird oft vernachlässigt. Neue Einwohner bringen auch neue Autos in die Stadt. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne dies allein mit dem öffentlichen Verkehr abfangen. Leider wurde es kürzlich versäumt, den Bahnübergang bei der Kehrlichtverbrennungsanlage zu unterführen. Pläne dies nur für den Bus zu tun, erachtet M. Wäckerlin als kurzfristig und falsch. Wenn man bei der Kehrlichtverbrennungsanlage eine Über- oder Unterführung bauen würde, wäre das eine geeignete Anbindung für den Individualverkehr an die neuen Bauzonen in Hegi. Der Stadtrat sollte dies dringend an die Hand nehmen. Ebenso erachtet M. Wäckerlin es als zwingend notwendig, dass die Autobahn um Winterthur baldmöglichst auf sechs Spuren ausgebaut wird. Solange das Staurisiko auf der Umfahrung gross ist, wird die Stadt mit unnötigem Ausweichverkehr zu kämpfen haben. Der Stadtrat möge hier bitte etwas mehr Weitblick zeigen, als seinerzeit bei der Schulhausplanung.

F. Helg (FDP): Der Fraktionskollege M. Wenger hat die Anliegen der FDP-Fraktion dargestellt. In vier Jahren ist der Stadtrat eingeladen das Erreichte zu überprüfen. Er wird aufgefordert Bilanz zu ziehen und aufzuzeigen welche Ziele erreicht worden sind.

D. Oswald (SVP): Die Legislaturziele sind in Bezug auf den Verkehr nicht glücklich formuliert. Die Situation in der Stadt Winterthur stellt sich anders dar. Wenigstens ist die Bewirtschaftung des Pannenstreifens auf der Autobahn auf gutem Weg. Kanton und Stadt arbeiten in Bezug auf das Gesamtverkehrskonzept gut zusammen. Auch der Terminplan ist realistisch. Wie die einzelnen Lösungen umgesetzt werden sollen, wird der Gemeinderat noch erfahren und es wird unterschiedliche Beurteilungen geben.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Insgesamt ist der Eindruck entstanden, dass einem grossen Teil der Ratsmitglieder die Legislatorschwerpunkte munden. Selbstverständlich ist die Beurteilung – je nach politischer Herkunft – unterschiedlich ausgefallen. Grundsätzlich hat der Rat die Legislatorschwerpunkte wohlwollend aufgenommen. Dafür bedankt sich Stadtpräsident E. Wohlwend herzlich. Auch die Diskussion in der AK war sehr konstruktiv. Der Stadtrat hofft sehr, dass Stadt- und Gemeinderat in den nächsten 4 Jahr auf dieser Basis gemeinsam politisieren können. Wenn jemand bemängelt, dass diese Ziele etwas politisch formuliert wirken, dann muss man sich daran erinnern, dass im Stadtrat Politikerinnen und Politiker arbeiten. Wie anders könnte es denn formuliert werden? Der Stadtrat hat sich nicht einfach darauf beschränkt, die vorhandenen Legislaturziele fortzuschreiben. Er hat die Situation analysiert und sich neue Wege überlegt. Allein aufgrund der neuen Zusammensetzung des Stadtrates musste um neue Lösungen und Aussagen gerungen werden. Wichtig ist, festzuhalten, dass die Legislatorschwerpunkt das Resultat eines Teams sind. Der Stadtrat will auch die nächsten vier Jahre versuchen als Team aufzutreten. Letztlich trägt der Stadtrat als Team die Gesamtverantwortung. Das heisst es braucht einen Ausgleich der Interessen in diesem Gremium. Wenn sich Stadtpräsident E. Wohlwend überlegt, wo Winterthur um die Jahrtausendwende herum stand und die letzten 10 Jahre Revue passieren lässt, darf er feststellen, dass der Stadtrat in diesen 10 Jahren sinnvoll agiert und sich Ziele gesetzt hat. 2002 bis 2006 musste in Winterthur als erstes eine Entwicklung angeschoben werden. Damals haben Betriebsschliessungen, Abwanderungen etc. Schlagzeilen gemacht. Damals ging es darum, Projekte zu starten damit es der Stadt wieder besser geht. 2006 bis 2010 hat der Stadtrat erklärt, dass Qualität eine wichtige Rolle spielen muss. Jetzt 2010 bis 2014 ist klar die Konsolidierung im Vordergrund – nicht schnelles Wachstum, sondern nachhaltiges Wachstum. Allerdings in allen drei Dimensionen – in der Ökologie, der Ökonomie und in Bezug auf die Gesellschaft.

Schwerpunkte: Die Stadt Winterthur hat sich dem Umweltgedanken verpflichtet. Sie ist seit langem Energiestadt. Der Energie Award Gold hat die Stadt nicht erhalten, weil alle so nett sind, sondern weil viele Mitarbeitende der Stadtverwaltung sich dafür eingesetzt haben. Die Anforderungen sind erneut erhöht worden. Die Stadt will weiterhin Energiestadt bleiben. Auch wirtschaftlich will Winterthur stärker werden. Früher war die Wirtschaft in Winterthur mit relativ grossen Klumpenrisiken behaftet und soll in Zukunft breiter abgestützt werden. Auch in den Bereichen die zukunftssträchtig sind. Da gehört die Umwelttechnologie dazu. Cleantech ist ganz klar eine Wachstumsbranche. Die Stadt muss da mithalten können. Der Stadtpräsident hat sich sehr über die zum Teil lobenden sicherheitspolitischen Äusserungen gefreut. Letztlich geht es nicht einfach darum, die repressiven Kräfte zu stärken, sondern auch darum, vorausschauend ein Siedlungsdispositiv zu erstellen und Quartierstrukturen zu erhalten. Damit kann auch die soziale Kontrolle gestärkt werden. Das sind wichtige Elemente. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder daran zu denken, wenn es darum geht die entsprechenden Budgetposten zu sprechen. Wohnraum: Winterthur ist eine gefragte Stadt geworden – nicht nur im Bereich des billigen Wohnraums herrscht rege Nachfrage. In allen Bereichen ist Wohnraum gefragt. Die Ratsmitglieder werden Gelegenheit haben demnächst von der überarbeiteten Wohnbaupolitik des Stadtrates, die an die neusten Gegebenheiten angepasst worden ist, Kenntnis zu nehmen. Vermehrt soll darauf geachtet werden, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner Wohnraum benötigen. Das heisst, dass auch entsprechende Grundlagen geschaffen werden müssen. Über Neuhegi wird sich der Gemeinde-

rat noch ausführlich unterhalten können. Es ist zu hoffen, dass ein Kompromiss gefunden werden kann. Verkehr: Von den Ratsmitgliedern wurden zum Thema Verkehr die unterschiedlichsten Signale ausgesendet. Der Stadtrat wird im Verlauf des nächsten Sommers mit dem Gemeinderat darüber diskutieren, wenn das definitive städtische Gesamtverkehrskonzept zur Diskussion steht. Auch wird selbstverständlich ein ausgewogenes Wachstum angestrebt. Das bedeutet, dass alle Verkehrsträger in irgendeiner Form ihre Berechtigung haben. Die Legislatorschwerpunkte sind für den Stadtrat ein Arbeitsprogramm. Selbstverständlich kann der Gemeinderat den Stadtrat nicht erst am Ende der Legislatur an seinen Leistungen messen. Der Stadtrat wird nach 2 Jahren einen Zwischenbericht vorlegen. Der Gemeinderat wird dann ausführlich Gelegenheit haben, darüber zu richten und zu diskutieren, ob der Stadtrat die Ziele umsetzen konnte. Die Ratsmitglieder müssen aber bedenken, dass sie mithelfen müssen.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Kenntnisnahme der Legislatorschwerpunkte abstimmen.

Der Rat nimmt die Legislatorschwerpunkten mit grosser Mehrheit zustimmend zur Kenntnis.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2010/077: Objektkredit von CHF 1'530'000 für den Bau eines Grabfeldes für Musliminnen/Muslime auf dem Friedhof Rosenberg

E. Wettstein (SP) zeigt die Planungsgrundlagen für den Bau eines Grabfeldes für Musliminnen und Muslime auf dem Friedhof Rosenberg. Der Anteil der muslimischen Bevölkerung beträgt in Winterthur ca. 12 %. Damit dieser Bevölkerungsteil islamischen Glaubens nach ihren religiösen Erfordernissen bestattet werden können, soll der Friedhof Rosenberg mit geeigneten Grabfeldern erweitert werden. Wichtigste Anforderungen: Es sind ausschliesslich Erdbestattungen möglich und die Gräber werden nach Mekka ausgerichtet. Wenn man berücksichtigt, dass die islamisch Bevölkerung in Winterthur 11'980 Personen umfasst, rechnet man pro Jahr mit 20 Todesfällen. Kurzfristig wird mit 10 Bestattungen pro Jahr gerechnet und mittelfristig mit 20. Der Bedarf an Grabstellen wird sich mittelfristig auf 500 bis 600 belaufen mit einer Ruhezeit von 25 Jahren. Der Stadtrat hat sich bereits in der letzten Legislatur zum Ziel gesetzt, die Integration von Ausländerinnen und Ausländern zu verstärken. Dazu gehört, dass die Verstorbenen verschiedener Religionen bestattet werden können. Der Stadtrat hat die Stadtgärtnerei beauftragt die Planung in die Wege zu leiten. Im August 2006 hat der Verein für islamische Jugendliche und die Vereinigung islamischer Organisationen ein Unterstützungsgesuch eingereicht mit 300 Unterschriften für die Errichtung einer islamischen Grabstätte.

Die wichtigsten Planungsgrundlagen hat E. Wettstein bereits aufgezeigt. Die Ruhezeit beträgt 25 Jahre. Die ewige Grabesruhe wird in Winterthur, aber auch in anderen Städten nicht praktiziert. Auch ist eine Bestattung ohne Sarg nicht vorgesehen. Die Friedhofserweiterung soll Platz für 350 bis 400 Reihengräber für Erdbestattung und für 50 bis 60 Kindergräber bieten. Zudem sollen 20 bis 30 Familiengräber zur Miete angeboten werden. Die Grabstätten werden derart angelegt, dass der/die Verstorbene auf der rechten Seite liegend, mit dem Gesicht Richtung Mekka bestattet werden kann. Dies bedeutet ein Azimut von rund 125° in östlicher Richtung. Räumlichkeiten: Mit der Umnutzung und Renovation der alten Abdankungskappelle ist es sinnvoll, dort die notwendigen Räumlichkeiten für die Bestattung nach islamischem Ritus und anderer Religionen einzurichten. Im Unterschied zur christlichen Bestattung gibt es keine Kremationen. Anstelle von Holzkreuzen werden einfache hölzerne Namensschilder angebracht. Man hat einen Projektwettbewerb durchgeführt. Die 6 eingegebenen Projekte waren von hoher Qualität. Das Projekt Azimut hat den Wettbewerb gewonnen. Es wird empfohlen, dass an diesem Projekt weiter gearbeitet wird. Das Projekt soll westlich der Friedhofsmauer realisiert werden. Es schliesst sich unmittelbar an den Friedhof an. Der Hauptzugang erfolgt über eine behindertengerechte Rampe über einen breiten mit

Bäumen durchsetzten Betonweg. Der Weg hat einen platzartigen Charakter und soll ein Ort der Besammlung und Besinnung werden. Die Mauern sind Richtung Mekka ausgerichtet und geben dadurch den Gräbern die Richtung vor. Die Gräber liegen in einem Kiesbelag und die unbelegten Gräber werden mit einem Thymiant Teppich bepflanzt. In einer ersten Etappe sind 5 Grabfelder vorgesehen. Die neue Anlage fügt sich bestens in die Situation ein. Dem Denkmalschutz wurde Rechnung getragen. Wie überall im Friedhof Rosenberg wird ein Brunnen erstellt. E. Wettstein zeigt eine Übersicht über den Friedhof. Die Bestattung entspricht einer Erdbestattung; für die Mitarbeitenden bedeutet das keine grosse Umstellung. Es sind auch keine zusätzlichen Maschinen oder Geräte notwendig.

Investitionskosten: Vorbereitung / Projektierung, 125'000 Franken, Räumungen, Terraingestaltung 224'000 Franken. Das Terrain muss aufgeschüttet werden. Erschliessung, Anpassung an bestehende Anlage 131'000 Franken, Besammlungsbereich, Terrasse, Rampe 143'000 Franken, Grabfeldmauer 518'000 Franken, Grabfelder 119'000 Franken, Grünflächen, Bepflanzung und Einfriedungen 193'000 Franken, Leitungen, Installationen und Ausstattungen 117'000 Franken, Reserven des Stadtrates (ca. 5 %) 80'000 Franken. Abzüglich Projektionskredit ergibt das einen Kredit von 1,53 Millionen. Es ist mit einer Bauzeit von 8 Monaten zu rechnen. Nach der heutigen Planung kann dieser Friedhofteil Mitte 2011 zur Verfügung stehen. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hat diesem Kredit mit 8 zu 0 Stimmen zugestimmt. Meinung der SP: Die SP wünscht, dass auch die 12 % der Bevölkerung nach ihren religiösen Erfordernissen bestattet werden können. Es ist auch ein Zeichen der Stadt Winterthur in Richtung einer besseren Integration. Deshalb stimmt die SP dem Objektkredit zu.

L. Banholzer (EVP/EDU): Im Friedhof Rosenberg werden sehr viele Winterthurer Bewohnerinnen und Bewohner nach ihrem Tod beerdigt. Der Friedhof vereinigt verschiedene Konfessionen und für die jüdische Bevölkerung ist ein Teil des Friedhofs reserviert. Der Friedhof wurde in den letzten Jahren immer wieder den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst. Es sind verschiedene Bestattungsarten möglich – vor kurzem sind auch Baumgräber dazugekommen. Der Friedhof Rosenberg ist ein Friedhof für alle. Die EVP/EDU-Fraktion ist für Toleranz und befürwortet den Bau eines Grabfeldes für Musliminnen und Muslime. Die EVP/EDU-Fraktion möchte, dass auch Menschen mit einer anderen Religion, die hier leben, in Winterthur beerdigt werden können. Das vorliegende Projekt fügt sich harmonisch in den bestehenden Friedhof ein. Die Ausrichtung nach Mekka ist die einzige Konzession an die speziellen Bedürfnisse der muslimischen Bevölkerung. Die EVP/EDU-Fraktion stimmt dem Kredit zu.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt diese Vorlage. Jeder 10. Winterthurer/jede 10. Winterthurerin gehört der muslimischen Bevölkerungsgruppe an. Das ist eine wesentliche Minderheit. Personen mit muslimischem Glauben sollen nach ihren Glaubensregeln bestattet werden können. Es ist ein Zeichen der Toleranz, dass dieses Geschäft nicht umstritten ist. Die Vorlage ist ausgewogen gestaltet. Die geltenden rechtlichen Regeln müssen eingehalten werden. Für eine Zustimmung spricht, dass das Projekt auch gestalterisch überzeugt. Zudem wurde versichert, dass keine höheren Unterhaltskosten zu erwarten sind.

J. Altweg (Grüne/AL): Das Projekt ist unbestritten. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Kredit von 1,53 Millionen für den Bau eines Grabfeldes für Musliminnen und Muslime zu.

M. Baumberger (CVP): Die CVP-Fraktion hat diesen Antrag des Stadtrates mit Interesse studiert. Sie stellt sich nicht gegen Friedhöfe oder Grabfelder für einzelne Religionen. Die Fraktion begrüsst den Bau der Grabfelder, wenn das einem Bedürfnis entspricht. Wenn es sich nicht um staatlich anerkannte Gruppierungen handelt, stellen sich Fragen. Es ist aber traurig, dass eine Bevölkerungsgruppe einen separaten Teil auf dem Friedhof fordert. Die Gleichheit der Bürger ist ein wichtiger Grundpfeiler unseres liberalen Systems. Es ist auch schade, dass ein Teil der Bevölkerung es offenbar ablehnt mit der traditionell christlichen Bevölkerung die Grabesruhe zu teilen. Darüber hinaus ist die CVP nicht sicher, ob sie die Einschätzung des Stadtrates teilt, dass es so einfach sein wird, den Ablauf der Grabesruhe

nach 25 Jahren geltend zu machen. Weiter könnte die Notwendigkeit einer Bestattung am gleichen Tag oder zumindest sehr zeitnah zu Schwierigkeiten führen und die Rechtsgleichheit in Frage stellen. Schlussendlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Nachfrage sehr gross sein wird – das zeigen die Beispiele aus Basel und Wittikon. Aus diesem Grund ist es für die CVP-Fraktion schwierig dem Kredit aus Überzeugung zuzustimmen. Deshalb wird sie sich der Stimme enthalten.

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Bau der Grabfelder. Für die Musliminnen und Muslime gelten die gleichen Bedingungen wie für alle anderen. Aus diesem Grund kann die SVP-Fraktion mit gutem Gewissen zustimmen.

B. Meier (GLP): Das vorgelegte Projekt trägt den besonderen Bedürfnissen der muslimischen Winterthurerinnen und Winterthurer Rechnung, ohne dass übertriebene Speziallösungen vorgeschlagen werden. Dass das Projekt relativ betonlastig ist, dämpft zwar die Begeisterung, ist aber letztlich ohne grosse Bedeutung. Ein klarer Pluspunkt ist, dass auf die räumliche Situation und die gestalterische Lage des bestehenden Friedhofs eingegangen wurde. Die GLP unterstützt das Projekt.

M. Wäckerlin (PP): Nach soviel Lob wird M. Wäckerlin einige kritische Anmerkungen anbringen. Wenn man die Illustration des geplanten Friedhofs betrachtet, sieht man, wie die muslimischen Felder ausserhalb des eigentlichen Friedhofs isoliert wurden. Die bestehende Friedhofsmauer, die offenbar nicht verlegt werden kann, wirkt wie der israelische Grenzzaun zu Palästina und vermittelt den Eindruck, «wir auf der einen Seite, Ihr auf der anderen». M. Wäckerlin hat andere Vorstellungen von einem Friedhof: Der Friedhof soll für alle gleichermassen da sein, wobei man die verschiedenen individuellen Anliegen bestmöglich berücksichtigen soll. So spricht ausser dem Denkmalschutz nichts dagegen, alle Gräber nach Mekka auszurichten. Den Moslems ist das wichtig, die anderen stört es nicht. So hätte man diese Spaltung vermeiden können, deren Grundlage schon mit der Errichtung einer abgeordneten jüdischen Grabstätte gelegt wurde. Man redet gern und viel von Integration, und betreibt dann auf dem Friedhof eine Absonderung und Ausgrenzung. Das hält M. Wäckerlin für falsch. Immer wieder führt Religion dazu, dass sich Menschen gegenseitig ausgrenzen. In Nordirland haben sich die Katholiken und Protestanten seit vierhundert Jahren nicht vermischt. Wir sollten endlich lernen, Religion weniger wichtig zu nehmen und gemeinsam säkulare Werte zu definieren, zu denen wir alle stehen, ungeachtet unserer persönlichen religiösen Überzeugungen. Und solche Gemeinsamkeiten gibt es, es ist der Humanismus, die Aufklärung und ihre Errungenschaften, insbesondere Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Es sind dies die Werte, die keiner religiösen Basis noch Überzeugung bedürfen, die wir auch mit unseren muslimischen Mitbewohnern teilen sollten, statt einander aufgrund von Religion auszugrenzen. Und da vermittelt der neue Friedhof ein falsches Bild.

Ein weiteres Problem bei der Planung, das gegen eine Vermischung sprach, war die Forderung der Moslems nach «jungfräulicher Erde», das heisst, dass an einer muslimischen Grabstätte zuvor kein «Ungläubiger» gelegen haben darf. Das kann man bei einer Integration in die bestehenden Grabfelder nicht garantieren. M. Wäckerlin hält es für vollkommen falsch, diese Forderung zu erfüllen, denn sie ist ein Ausdruck von Intoleranz. Religionen neigen dazu, sich abzugrenzen und andere auszugrenzen. Gerade die Religionen mit Absolutheitsanspruch, also insbesondere die drei abrahamitischen Judentum, Christentum und Islam, sind jeweils von sich selbst besonders eingenommen und denken entsprechend abwertend über abweichende Ansichten. Solche Intoleranz darf nicht toleriert werden. Die Religionen müssen lernen, dass keine von ihnen Anspruch auf alleinseligmachende Wahrheit geltend machen kann. Anders kann unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Der Friedhof muss allen frei zugänglich sein, und es darf auch keinem Nichtmoslem verweigert werden, sich auf dem moslemischen Grabfeld bestatten zu lassen, wenn er das wünscht. M. Wäckerlin stellt trotzdem keinen Ablehnungsantrag, denn dieses Signal wäre noch schlechter. Die Moslems haben in unserer Gesellschaft die gleichen Rechte und Pflichten, wie alle anderen auch. Bereits das Minarettverbot war ein falsches Signal, wobei sich das wohl weniger gegen die Moslems richtete, als vielmehr gegen extremistische und fundamentalistische

Strömungen im Islam. Aber Fundamentalismus ist immer eine grosse Gefahr, nicht nur islamischer, auch christlicher. Wir müssen uns gegen Fundamentalismus von alle Seiten wehren, ausdrücklich auch gegen christlichen Extremismus. Vielmehr müssen wir immer wieder darauf verweisen, dass wir gemeinsame säkulare Werte haben, auf denen unsere Gesellschaft basiert, und wir müssen daran arbeiten, Religion konsequent aus dem Staat fern zu halten und in den persönlichen, privaten Bereich eines jeden Einzelnen zu verweisen. Wenn wir die Religionsfreiheit ernst nehmen, verbieten wir nicht nur den Bau neuer Minarette, sondern in der Konsequenz auch den Bau neuer Kirchtürme. Gleiches Recht muss für alle gelten. Und in diesem Sinne ist es auch richtig und wichtig, dass den Moslems die Bestattung nach ihren Riten zugestanden wird, soweit das nach unseren Gesetzen möglich ist. Daher unterstützt M. Wäckerlin den Kreditantrag trotz seiner Mängel. Er möchte aber anregen, bei künftigen Friedhofsaufbauten auf ein Zusammenleben der verschiedenen Weltanschauungen und Religionen zu achten und solche Ausgrenzungen zu vermeiden. Die Variante des einfachen Holzschilds statt eines Kreuzes sollte auch für Atheisten und andere Nichtchristen zur Anwendung gelangen.

Stadtrat M. Gfeller dankt allen für das gute politische Klima, in dem die Beratung dieses Geschäfts stattfinden konnte. Dieses Signal ist ganz wichtig, nämlich dass es in Winterthur möglich ist, in einem Klima des gegenseitigen Respekts und des Aufeinandereingehens zu debattieren. Dabei gilt es, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten und gleichzeitig abzuwägen, wo die Mehrheitsgesellschaft entgegenkommen kann, ohne dass jemandem ein Stein aus der Krone fällt. Ein wichtiger Grundsatz ist, dass im Kanton Zürich das Bestattungswesen staatlich ist und nicht kirchlich. Deshalb ist es ein Irrtum, wenn in bestimmten Leserbriefen behauptet wurde, es werden christliche Steuergelder ausgegeben. Es gibt zwar eine Kirchensteuer, die hat aber mit dieser Vorlage nichts zu tun. Das Projekt wird aus den städtischen Steuergeldern finanziert. Das ist richtig so, weil die Musliminnen und Muslime nach den gleichen Kriterien Steuern bezahlen wie alle anderen. Deshalb haben alle das Anrecht auf ein sittliches Begräbnis. Das sehen die kantonalen Gesetze und Verordnungen so vor. Damit kommt die feine Differenzierung zwischen den Aspekten der religiösen Ausrichtung der einzelnen Gemeinschaften und den Aspekten der staatlichen Rahmenbedingungen, die beide in diese Vorlage hineinspielen, zum tragen. Das ist eine Differenzierung, die in diesem Projekt realisiert werden konnte. Es handelt sich um ein Projekt, das von gegenseitigem Respekt und von Toleranz zeugt. Beide Seiten, die Stadt als realisierende Behörde und die muslimische Gemeinschaft, mussten aufeinander zugehen. Sie sind so weit aufeinander zugegangen, wie das möglich ist. Es ist eine Frage des Respekts gegenüber der muslimischen Bevölkerung, dass die Stadt nicht verlangt, dass das Grabfeld in die strenge geometrische Ordnung des Friedhofs Rosenbergs passen soll. Eine Ausrichtung nach Mekka ist innerhalb dieser geometrischen Ordnung nicht möglich. Deshalb konnte eine subtile Ergänzung zum Friedhof Rosenberg gefunden werden. Das Lob und der Dank von Stadtrat M. Gfeller gilt auch dem Büro, das dieses Projekt vorgeschlagen hat. Die Jury hat unter dem Beizug des Vertreters der muslimischen Gemeinde dieses Projekt ausgewählt. Die Ausgewogenheit liegt darin, dass auf der einen Seite die Stadt Winterthur als staatliches Organ, das religiös neutral ist, den Muslimen entgegengekommen ist, indem sie Land zur Verfügung stellt, das nicht von einer anderen Religionsgemeinschaft bereits in Beschlag genommen worden ist. Ohne diesen ersten Schritt wäre das Projekt nicht möglich gewesen. Der zweite Schritt ist die Orientierung der Gräber nach Mekka. Wenn die Stadt hier nicht entgegengekommen würde, müsste man nicht über dieses Vorhaben diskutieren. Auf der anderen Seite haben die muslimischen Gemeinschaften, vielleicht nicht hundert Prozent der Individuen, den gesetzlichen Grundsatz von mindestens 25 Jahren Grabesruhe akzeptiert. Sie müssen auch akzeptieren, dass nur die Bestattung im Sarg möglich ist. Das gehört zum Kompromiss. Zudem liegt die organisatorische Durchführung der Bestattungen in der Hand der Stadtgärtnerei. Mit dieser gegenseitigen Akzeptanz war es möglich das Projekt zu realisieren. Musliminnen und Muslimen, die mit diesen Grundsätzen nicht einverstanden sind, bleibt jederzeit die Möglichkeit einer Überführung in die Heimat. Stadtrat M. Gfeller dankt für eine wohlwollende Aufnahme dieser Vorlage.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Objektkredit von 1,53 Millionen für den Bau eines Grabfeldes für Musliminnen/Muslimen auf dem Friedhof Rosenberg abstimmen.

Der Rat stimmt dem Kreditantrag mit 45 Ja Stimmen mit 5 Enthaltungen zu.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2010/023: Bericht und Antrag zur kommunalen Volksinitiative "zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Winterthur" / Gegen-vorschlag des Stadtrats

J. Altwegg (Grüne/AL): Das Geschäft besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen – aus der Volksinitiative und dem Gegenvorschlag. Damit liegen zwei verschiedene Ansätze vor. Die Initiative ist rechtsgültig. Es geht darum, die Stadt vor negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs zu schützen und eine nachhaltige städtische Mobilität zu fördern. Das Wachstum der Mobilität kann Winterthur praktisch nur noch mit dem öffentlichen Verkehr und dem Langsamverkehr bewältigen. In der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) wurde das Geschäft in drei Lesungen behandelt. Die Kommissionsmitglieder haben das Thema kontrovers diskutiert. Einige Kommissionsmitglieder haben das Ziel, dass die Initiantinnen und Initianten die Volksinitiative zurückziehen. Damit würde sich die Volksabstimmung erübrigen. In der Weisung sind auf Seite 11 verschiedene Beschlussmöglichkeiten zusammengefasst. Die Variante 3 entspricht generell dem Idealfall. Die Initiantinnen und Initianten haben die Möglichkeit die Volksinitiative zurückzuziehen, wenn der Gegenvorschlag die wichtigen Anliegen der Initiative aufnimmt.

Der Gegenvorschlag sieht vor, im kommunalen Richtplan Grundlagen zu schaffen, um den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr zu fördern. Diese Ziele sind aber zu wenig konkret formuliert. Die Initiative beinhaltet im Gegensatz dazu konkrete Verbesserungen. Inhaltlich stützt sich der Gegenvorschlag auf die Städte-Charta. Das ist die eine Grundlage. Die zweite Grundlage ist das städtische Gesamtverkehrskonzept (sGVK). J. Altwegg zeigt dazu einen Zeitplan der Arbeit des sGVK. Die Stadtregierung will sich aber nicht auf konkrete Zielvorgaben einlassen. Das ist ein gravierender Unterschied zur Initiative, die eine klare Umsetzung der Forderungen verlangt. Das ist auch einer der Kritikpunkte der Grüne/AL-Fraktion am Gegenvorschlag des Stadtrates. Die BBK hat mit 7 zu 1 Stimmen empfohlen die Initiative abzulehnen und hat mit 5 zu 3 Stimmen dem Gegenvorschlag zugestimmt. Alle Änderungsanträge wurden von der Kommission zur Annahme empfohlen. Die Grüne/AL-Fraktion ist grundsätzlich für die Anliegen der Initiative, verlangt aber, dass messbare Grössen einfließen. Sie wird den Gegenvorschlag unterstützen, sofern konkrete Grössen einfließen werden.

F. Landolt (SP): Bei diesem Thema muss F. Landolt etwas ausholen. Man kann die Geschichte der Menschheit auch als Geschichte der Mobilität bezeichnen. In unserem Kulturkreis waren es die Römer, die das erste technisch hochstehende Strassennetz Europas gebaut haben. In der Renaissance wurde das Reisen allmählich häufiger. Mit der Erfindung der Dampfmaschine wurden nicht mehr Tiere für die Fortbewegung eingesetzt, sondern Maschinen. Die Entdeckung der ersten Ölquellen legte den Grundstein für eine seither sich ständig erhöhende Mobilität quer über den Erdball.

Im Lokalen äussert sich diese Mobilität in den nie versiegenden Flüssen aus Blech und Metall auf der A1 und ständig wachsenden Staus. F. Landolt zeigt die Geschichte der Mobilität auf, weil die Mobilität einen Stand erreicht hat, bei dem sie SP sagt, so nicht weiter. Riesige Mengen des begrenzten Rohstoffes werden für die Mobilität geopfert. Sie steht zunehmend in direkter Konkurrenz mit der Lebensqualität. Zu gross sind die Opfer. Die Schadstoffbelastung ist hoch, die Lärmschutzmassnahmen sind eine Beleidigung für das Auge und der CO² Ausstoss durch den motorisierten Verkehr ist enorm. Wir brauchen eine Strategie mit der zusätzlicher Verkehr über den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr bewältigt

werden kann. Die SP-Fraktion stimmt in diesem Sinne grundsätzlich der Initiative zu. Sie anerkennt aber auch, dass der Stadtrat im Grundsatz die Anliegen der Initianten teilt und einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Die SP sieht im Gegenvorschlag wesentliche Vorteile. In zwei Aspekten wird die SP-Fraktion in der Detailberatung Änderungsanträge zum Gegenvorschlag einbringen. Es ist notwendig, dass an der heutigen Sitzung über die Initiative und den Gegenvorschlag abgestimmt wird. Der SP ist es wichtig, dass mit den Änderungsanträgen konkrete Ziele genannt werden.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion verwehrt sich dagegen, dass die verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen sachgerecht eingesetzt werden. Das bedeutet eine ausgewogene Verkehrspolitik. Der öffentlichen Verkehr und der Langsamverkehr spielen eine wichtige Rolle. Ohne die Förderung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs würde die Stadt im Verkehr versinken. Deshalb braucht es in diesem Bereich Zielsetzungen. Wie diese aussehen sollen, ist nicht einfach zu definieren. Sie sind auch Gegenstand dieser Vorlage. Grundsätzlich lehnt die EVP/EDU-Fraktion die Initiative, wie sie jetzt vorliegt, ab und unterstützt den Gegenvorschlag des Stadtrates. Zu den vorgeschlagenen Änderungen wird sich die Fraktion später äusseren.

M. Baumberger (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag des Stadtrates einstimmig. Die Forderung der Initiative nach mehr öffentlichem Verkehr und mehr Langsamverkehr ist richtig. Die Initiative geht aber etwas weit. Es muss davon ausgegangen werden, dass in den nächsten Jahren die Stadtentwicklung in Winterthur massiv behindert wird. Deshalb lehnt die CVP die Initiative ab. Der Gegenvorschlag des Stadtrates nimmt die Problematik auf, ohne die langfristige Stadtentwicklung zu erschweren oder gar zu verhindern.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt die Initiative ab. Sie hat klar zu weit gehende Zielsetzungen. Die Zunahme von mindestens 10 % des Anteils des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs am Quell-, Ziel- und Binnenverkehr der Stadt ist zu hoch. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind zu restriktiv. Ausserdem umfasst die Initiative praktisch ein Verbot die Strassen an die veränderten Kapazitätsanforderungen anzupassen. Der Initiativtext blendet völlig aus, dass die Stadt Winterthur wächst und das Strassennetz den gesteigerten Anforderungen genügen muss.

Den Gegenvorschlag lehnt die FDP-Fraktion nicht grundsätzlich ab. Es ist durchaus angebracht präzisiertere Aussagen zu Verkehrsfragen zu formulieren und zwar Aussagen mit einer gewissen Verbindlichkeit. Der Stadtrat hat im Gegenvorschlag die Aussagen im kommunalen Richtplan ergänzt. Diese Aussagen sind verbindlich. Das heisst, dass sich der Stadtrat aber auch der Gemeinderat an die Feststellungen im Richtplan halten müssen. Dieser Grad der Verbindlichkeit zwingt die FDP dazu, auch den Inhalt des Gegenvorschlags genau zu prüfen. Einige Formulierungen im Gegenvorschlag sind zu unbestimmt. Die FDP-Fraktion wird deshalb verschiedene Änderungsanträge einbringen. Wenn diese Vorschläge abgelehnt werden, wird die FDP den Gegenvorschlag ebenfalls ablehnen.

B. Meier (GLP): Die GLP/PP-Fraktion befürwortet die Initiative. Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist an sich ebenfalls zu begrüssen, insbesondere die Verankerung im kommunalen Richtplan. Er birgt aber einen entscheidenden Mangel. Er ist zu wenig konkret und zu vage. Er ist wichtig, dass in Bezug auf den Modalsplitt konkrete Zielsetzungen eingebracht werden. Ansonsten wird die GLP/PP-Fraktion den Gegenvorschlag ablehnen.

W. Langhard (SVP): Die Initiative wurde gleichzeitig in mehreren Städten lanciert. Die Stadt Winterthur hat mit vier weiteren Städten eine Charta entwickelt, aus der ein Gegenvorschlag entstanden ist. Diese Charta hat eine links-grüne Mehrheit. Die Initiative verlangt zum Beispiel, dass in der Stadt Winterthur im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten der Neu- oder Ausbau von Hauptverkehrsstrassen für die Kapazitäten für den motorisierten Individualverkehr grundsätzlich nicht erhöht wird. Winterthur wächst ständig. Es gibt immer mehr Einwohner, die die Infrastruktur der Stadt nutzen. Die Stadtentwicklung darf nicht nur auf Wachstum setzen, sondern muss auch auf Qualität achten. Nicht alle Stadtteile sind an die

Hauptachsen angebunden. Der Stadtrat hat erklärt, dass der öffentliche Verkehr priorisiert werden muss. Wieso werden die Bahnhöfe nicht immer direkt angefahren? Damit könnte das Umsteigen auf die Bahn gefördert werden. Es darf nicht sein, dass der motorisierte Individualverkehr ständig Abstriche machen muss. Die SVP-Fraktion wird die Anträge der FDP-Fraktion unterstützen.

Stadträtin P. Pederngana: Der Stadtrat unterstützt die generelle Stossrichtung dieser Initiative. Sie ist allerdings sehr absolut formuliert und setzt die Messlatte so hoch an, dass verschiedenen Städte gemeinsam mit einer Charta darauf geantwortet haben. Es wurde gesagt, dass diese Charta ausschliesslich von links-grünen Städten für gut befunden wird. Vor zwei Wochen hatten bereits 49 Städte in der Schweiz die Charta unterschrieben. Darunter sind auch Städte, die bürgerlich dominiert sind. Winterthur gehört zu den Gründerstädten einer gemeinsam in mehreren Städten verfolgten Verkehrspolitik. Der Gegenvorschlag des Stadtrates basiert auf der Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität. Der Winterthurer Stadtrat hat auf die Initiative mit einem lokal angepassten Gegenvorschlag reagiert. Der Stadtrat hofft auf eine gute Aufnahme des Gegenvorschlags und gleichzeitig auch auf die Ablehnung der Initiative, respektive auf deren späteren Rückzug. In diesem Sinn hofft der Stadtrat, dass der Gemeinderat den stadträtlichen Gegenvorschlag zur Initiative so weise zur Abstimmung bringt, dass er überzeugt und die Initiative später zurückgezogen werden kann.

R. Isler (SVP) ist der Meinung, dass als erstes die Kommissionsmitglieder das Wort erhalten, danach die übrigen Ratsmitglieder und erst dann die zuständige Stadträtin. Vielleicht ist das auch ein Irrtum. Es ist nicht falsch, wenn behauptet wird, dass der motorisierte Individualverkehr zunimmt. Es steht aber fest, dass die Mobilität allgemein zunimmt. Die Bevölkerung im Kanton Zürich nimmt ständig zu und man muss sich fragen, wann ist genug. Wann reicht die Kapazität nicht mehr aus, um alle Leute aufzunehmen, die im Kanton arbeiten und wohnen wollen. R. Isler stellt fest, dass auch der öffentliche Verkehr an seine Grenzen stösst. Wer meint, dass er morgens zwischen 6.30 und 8.00 Uhr in einem Zug ab Winterthur einen Sitzplatz findet – auch in der 1. Klasse – irrt sich. Mehr Leute brauchen mehr Raum, mehr Energie, mehr Lebensmittel, mehr Trinkwasser. Sie produzieren auch mehr Abfall und Abwasser. Wann ist genug? Deshalb ist es falsch, wenn man vor allem den öffentlichen Verkehr fördern will. Wie soll das gehen? Den Leuten wird empfohlen mit den öffentlichen Verkehr Sportveranstaltungen zu besuchen. Jetzt weiss man, dass der EHC Winterthur nicht schlecht positioniert ist – wenn er auch nicht in der 1. Liga spielt. In der Regel besuchen ca. 1'000 Zuschauer die Vorrundenspiele. Spielbeginn und das ungefähre Ende der Veranstaltung sind bekannt. An Samstagen beginnt das Spiel um 18.00 Uhr und ist zwischen 20.30 und 20.15 Uhr zu Ende. Wenn 1'000 Leute die Eishalle verlassen, ist der Bus nicht da und wenn er eine Viertelstunde später eintrifft, ist er bereits voll. Moral der Geschichte: Einen Eishockeymatch mit dem öffentlichen Verkehr zu besuchen, ist nicht möglich. Die Stadt muss sich fragen, wann die Grünflächen vollends zugebaut sein werden. Wann ist der Lebensraum so verdichtet bebaut, dass einfach kein Platz mehr vorhanden ist?

Detailberatung

Ziff. 2.1 Abs. 1: keine Anträge

Ziff. 2.1 Abs. 2

F. Landolt (SP): Änderungsantrag der SP, Grüne und GLP: 2) „Der Anteil des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs am Quell- und Binnenverkehr der Stadt Winterthur wird bis 2025 gemäss den Vorgaben des städtischen Gesamtverkehrskonzepts, mindestens aber um 8 % gegenüber 2005 erhöht. Die Modalsplittanteile werden kontinuierlich, aber mindestens alle 5 Jahre ermittelt und veröffentlicht. Massgebend sind die von der Stadtbevölkerung zurückgelegten Wege.“ Zwei Aspekte bilden die Begründung für diese Änderung des städtischen Gegenvorschlags: 1. Es soll ein messbares Ziel gesetzt werden. Die Änderung des Modalsplitts ist möglich, wenn der politische Wille vorhanden ist. 2. Die Überprüfbarkeit soll festgehalten werden. Ein Ziel vorzugeben ohne die Möglichkeit einer Überprüfung macht keinen Sinn. Indem sich die Stadt auf die Mikrozensusperiode bezieht, das ist eine Verkehrsmessung, die sowieso stattfindet, wird der Aufwand für die Evaluation der getroffenen Massnahmen vereinfacht. F. Landolt bittet die Ratsmitglieder im Namen der SP, der Grünen und der GLP dem Änderungsantrag zuzustimmen.

R. Diener (Grüne/AL): Diese Vorlage ist ein erster Schritt auf dem Weg zu den Legislaturzielen. Es geht jetzt darum Nägel mit Köpfen zu machen. Als Mitvertreter der Initiative will R. Diener eine Grundlage schaffen, damit die Initiative zurückgezogen werden kann. Es soll eine gute Basis für eine Mehrheitslösung geschaffen werden. R. Diener widerspricht R. Isler. Die Initiantinnen und Initianten sind nicht der Meinung, dass ein beliebiges Wachstum möglich ist. Es geht um eine Verschiebung des Verkehrs. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs soll um 8 % erhöht werden. Das ist ein Ziel, das erreichbar ist. In den letzten 10 Jahren hat der motorisierte Individualverkehr auf den Hauptverkehrsachsen kaum zugenommen. In der gleichen Zeit haben die Busse eine Frequenzerhöhung von fast 15 % erreicht. Das heisst in den letzten 10 Jahren hat bereits eine Verschiebung stattgefunden. Ziel dieser Übung ist es nicht, mehr Verkehr zu generieren, sondern die Verlagerung des Verkehrs. Der Modalsplitt soll verändert werden. Das ist der entscheidende Ansatz, der sowohl im regionalen Gesamtverkehrskonzept, wie auch in den Legislatur-schwerpunkten des Stadtrates festgehalten wird. Auch im Rahmen des städtischen Gesamtverkehrskonzepts wird dieses Thema intensiv diskutiert. Winterthur muss den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr fördern und stärken gegenüber dem motorisierten Individualverkehr. Damit soll der Pendlerverkehr und der Freizeitverkehr von den Strassen weggebracht werden. Mit dieser Strategie bleibt mehr Platz für das Gewerbe und für Transporte auf den Strassen. Das Auto wird es weiterhin brauchen, es soll aber sinnvoll eingesetzt werden. R. Diener bittet die Ratsmitglieder dem Änderungsantrag zuzustimmen. Wenn das so umgesetzt werden kann, könnte das Initiativkomitee bereit sein die Initiative zurückziehen.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag des Stadtrates. Das Gesamtverkehrskonzept sieht vor, dass der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Quell-, Ziel- und Binnenverkehr um ungefähr 5 bis 7 % erhöht werden soll. Diese Zahl wurde in der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) genannt. Im Änderungsantrag der SP, Grüne, GLP ist die Rede von Quell- und Binnenverkehr. Der Zielverkehr wird nicht mehr genannt. Aus diesem Grund kann sich die EVP/EDU-Fraktion mit der Erhöhung um 8 % einverstanden erklären und wird den Änderungsantrag unterstützen.

B. Meier (GLP/PP): Der Gegenvorschlag des Stadtrates geht auf den Antrag ein. Er ist bereit diesen in den kommunalen Richtplan aufzunehmen und er bezieht sich auf das Gesamtverkehrskonzept. Diese Integration ist gut und wichtig. In dieser Form, wie er jetzt vorliegt, ist der Gegenvorschlag aber zahnlos. Er braucht eine quantitative Vorgabe. 8 % ist kein irrealer Ziel. Es ist ein Ziel, das erreicht werden kann – aber nur dann, wenn man die Hände nicht in den Schooss legt. Es ist notwendig die Erhöhung des Fuss- und Veloverkehrs um 8 % im Richtplan zu verankern, damit sich die praktische Politik daran orientieren kann und damit der Weg für einen Rückzug der Initiative frei wird. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt den Änderungsantrag.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt einen alternativen Antrag. Sie schlägt folgenden Text vor: „Einer Erhöhung des Anteils des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs am Quell-, Ziel- und Binnenverkehr der Stadt Winterthur wird besondere Beachtung geschenkt.“ Der Gegenvorschlag des Stadtrates und auch der Antrag von SP, Grünen und GLP knüpfen an die Vorhaben im städtischen Gesamtverkehrskonzept an. Das Konzept wird aber erst ausgearbeitet. Niemand weiss genau, was darin stehen wird. Auf etwas Unbekanntes zu verweisen, bedeutet die Katze im Sack zu kaufen. Wenn Politik seriös sein soll, kann dieses Vorgehen nicht aufgehen. Es ist sogar gefährlich sich auf etwas festzulegen, das später ungeahnte Konsequenzen haben könnte. Auch rechtlich ist es fragwürdig jetzt auf etwas zu verweisen, das noch nicht in Papierform vorhanden ist. Deshalb empfiehlt die FDP-Fraktion dem Rat, sich dem Vorschlag der FDP anzuschliessen. Er hält fest, ganz im Sinn des Grundanliegens des Gegenvorschlags, dass der öffentliche Verkehr, der Fuss- und Veloverkehr besondere Bedeutung haben und ihm besondere Beachtung geschenkt werden soll. Die FDP-Fraktion wird sich gegen eine zahlenmässige Festlegung zu Wehr setzen, solange die Grundlagenarbeit zum städtischen Gesamtverkehrskonzept noch nicht vorliegt. Das heisst, dass die FDP-Fraktion sich gegen den Änderungsantrag der SP, Grüne und GLP stellen wird. Es würde zudem von der FDP geschätzt, wenn ein modifizierter Antrag, der vom Kommissionsantrag abweicht, vorgängig allen Fraktionen zur Verfügung gestellt würde, damit man sich mit dem Antrag vor der Ratssitzung auseinandersetzen kann.

Ratspräsidentin U. Bründler: Zu Ziff. 2.1 Abs. 2 liegen drei Anträge vor. Die Ratspräsidentin stellt zuerst den Änderungsantrag von SP, Grüne, GLP dem Antrag der FDP gegenüber.

Der Rat stimmt mit 32 zu 22 Stimmen dem Änderungsantrag von SP, Grüne, GLP zu.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Antrag von SP, Grüne, GLP dem stadträtlichen Gegenvorschlag gegenüber.

Der Rat stimmt mit 32 zu 22 Stimmen dem Änderungsantrag von SP, Grüne, GLP zu.

Ziff. 2.1 Abs. 3: keine Anträge

Ziff. 2.1 Abs. 4: keine Anträge

Ziff 2.1 Abs. 5

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag: „Der öffentliche Verkehr wird priorisiert, soweit es die Strassenverhältnisse zulassen.“ Für die FDP-Fraktion ist ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr durchaus wichtig. Dass die Busse vorwärts kommen müssen und deshalb eine gewisse Priorisierung notwendig ist, stellt die FDP nicht in Abrede. Der Gegenvorschlag des Stadtrates geht aber von einer konsequenten Priorisierung aus. Das ist zu absolut formuliert. Die Umsetzung im Richtplan spielt dabei eine Rolle. Der Richtplan ist für die Behörden verbindlich. Die Bedeutung der Formulierung „konsequente Priorisierung“ ist nicht beliebig. F. Helg erklärt das anhand eines Beispiels: Es wird darüber diskutiert, die Buchten für die Bushaltestellen abzuschaffen und die Busse auf der Fahrbahn halten zu lassen, mit dem Zweck, die Fahrzeit der Busse zu verkürzen. Mit der Festschreibung einer konsequenten Priorisierung des öffentlichen Verkehrs könnte sich der Stadtrat legitimiert fühlen an diesem Beispiel anzuknüpfen und die Haltebuchten abzuschaffen. Auf schmalen Strassen – zum Beispiel auf der Breitestrasse – gibt es keine Möglichkeit den Bus zu überholen. Der einseitige Nachteil für den Privatverkehr ist wohl für alle plausibel. Richtiger ist es, die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs mit Augenmass zu verfolgen und auf die bestehenden Strassenverhältnisse auszurichten. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag der FDP zu folgen.

B. Meier (GLP/PP): Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist in diesem Punkt genau und ausreichend. Der öffentliche Verkehr ist konsequent zu priorisieren. Das ist aber nicht bedin-

gungslos. Der Grundsatz der Transporteffizienz gilt und der knappe Strassenraum muss optimal genutzt werden. Darum geht es. Es braucht Nägel mit Köpfen.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Antrag der FDP-Fraktion zu Ziff. 2.1 Abs. 5 dem stadträtlichen Gegenvorschlag gegenüber.

Der Rat stimmt mit 33 zu 21 Stimmen für den Gegenvorschlag des Stadtrates.

Ziff. 2.1 Abs. 6, 1. Aufzählung

F. Landolt (SP): Der Absatz 6 ist an sich in Ordnung. Er ist gut formuliert und vollständig. Im Text wird auch die Erschliessung eines bestimmten Gebietes gefordert durch den zusätzlichen Ausbau des Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehrs. SP, Grüne, GLP halten diesen Eintrag in den Richtplan für nicht ganz richtig und stellen folgenden Änderungsantrag: „Die Verkehrsbelastung auf dem städtischen Hauptstrassennetz soll insgesamt nicht weiter zunehmen. Mehrverkehr wird in erster Linie durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr abgewickelt. Ausbauten auf dem Hauptstrassennetz sind zulässig, wenn dessen Kapazität nicht über die notwendige Gebieterschliessungsfunktion hinaus wächst, bzw. die gesamtstädtischen Modalsplittziele nicht beeinträchtigt. Kapazitätserhöhungen für den öffentlichen, Fuss- und Veloverkehr sind davon ausgenommen.“ Mit dieser Formulierung wird die Erschliessung von neuen Quartieren zugelassen, gleichzeitig wird aber verhindert, dass neue Quartiere generell für den motorisierten Individualverkehr erschlossen und dabei die Kapazitätsgrenzen erhöht werden. F. Landolt bittet die Ratsmitglieder, dieser Formulierung zuzustimmen.

L. Banholzer (EVP/EDU): Der recht hart formulierte Absatz 6 der Initianten hat die EVP/EDU-Fraktion davon abgehalten, diesen zu unterstützen. Mit der neuen Formulierung, dass Ausbauten im Hauptstrassennetz zulässig sind, wenn die Kapazitäten nicht über die notwendige Gebieterschliessungsfunktion hinausgehen, kann sich die Fraktion einverstanden erklären.

R. Diener (Grüne/AL): Hier wird ganz explizit die Thematik der Verkehrsbelastung angesprochen, die auch im stadträtlichen Gegenvorschlag formuliert ist. Die Verkehrsbelastung darf nicht zunehmen, vielmehr ist eine Verlagerung zu erreichen. Das ist nicht möglich, wenn Ausbauten beliebig ermöglicht werden. Die von F. Landolt vorgeschlagene Formulierung lässt in jedem Fall – vor allem im Gebiet Oberwinterthur – Ausnahmen zu. Es ist aber nicht richtig, dass diese Forderung in den Kopf des Richtplanes geschrieben wird. Es soll eine allgemeine Formulierung gewählt werden, die eine Entwicklung ermöglicht, die im Gesamtprozess abgedeckt ist.

F. Helg (FDP): Der Gegenvorschlag enthält einen Satz, der die Verkehrsentwicklung in der Stadt Winterthur erheblich beeinflusst: „Die Verkehrsbelastung auf dem städtischen Hauptverkehrsnetz soll nicht weiter zunehmen.“ Damit verkennt man, dass die Stadt wächst. Dieses Wachstum ist auch gewollt. Ein solches Gebot ist gefährlich, weil es den zukünftigen Gestaltungsspielraum der Behörden in einem nicht akzeptablen Mass einengt. Besser ist es, diesen Satz nicht in den Gegenvorschlag aufzunehmen und das Faktum von zukünftigem Mehrverkehr zu akzeptieren. Man kann festschreiben, dass der Mehrverkehr durch den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr abgedeckt werden soll. Man muss dieses Ziel aber mit Augenmass verfolgen. Die FDP-Fraktion stellt deshalb folgenden Änderungsantrag: „Mehrverkehr soll nach Möglichkeit durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr abgewickelt werden. Netzausbauten dienen primär der Erschliessung des kantonalen Zentrumsgebietes Oberwinterthur/Grüze und neuer Baugebiete, der Verkehrsentlastung bestehender Quartiere oder der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs.“ Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der SP, Grüne, GLP nicht zustimmen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Zu Ziff. 2.1 Abs. 6 liegen 3 Anträge vor. Die Ratspräsidentin stellt den Änderungsantrag der SP, Grüne, GLP dem Antrag der FDP gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der SP, Grüne, GLP mit 32 zu 22 Stimmen zu.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Änderungsantrag der SP, Grüne, GLP dem Gegenvorschlag des Stadtrates gegenüber.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag SP, Grüne, GLP mit 32 zu 22 Stimmen zu.

Ziff. 2.1 Abs. 6, 2. Aufzählung

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion findet es wichtig, dass die Quartiere vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Das soll festgehalten werden. Durchgangsverkehr und Fremdverkehr ist nicht das gleiche. Fremdverkehr entsteht beispielsweise durch Verwandte oder durch auswärtige Kunden, die Gewerbetreibende in einem Quartier besuchen. Dieser Fremdverkehr gehört zum Leben in einer Stadt. Ihn zu beschränken oder zu unterbinden kann nicht das Ziel für eine Stadt sein, die auch wirtschaftlich prosperieren will. Die FDP-Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag: „Das kommunale Verkehrsnetz wird so entwickelt und betrieben, dass Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr entlastet werden.“ Das Wort Fremdverkehr ist zumindest missverständlich. Deshalb bittet F. Helg die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Antrag der FDP den Gegenvorschlag des Stadtrates gegenüber.

Der Rat stimmt dem Gegenvorschlag des Stadtrates mit 32 zu 22 Stimmen zu.

Ziff. 2.1 Abs. 6, 3. Aufzählung

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt, dass es in Winterthur an zahlreichen Orten verkehrsberuhigte Zonen gibt. Diese Zonen sind eine Winterthurer Tradition. Sie werden dann eingerichtet, wenn sie einem Bedürfnis entsprechen und die Mehrheit der Bevölkerung hinter diesen Massnahmen steht. Dieses bewährte Vorgehen soll weitergeführt und im Gegenvorschlag des Stadtrates festgeschrieben werden. Von oben angeordnete verkehrsberuhigte Zonen sind der falsche Weg. Ausserdem ist das Ziel von entschleunigenden Massnahmen auf den kommunalen Hauptachsen äusserst fragwürdig. Das Ziel auf den Hauptachsen muss ein flüssiger Verkehrsfluss sein. F. Helg nimmt Bezug auf die Legislatorschwerpunkte. Darin steht: „Auf den Hauptverkehrsachsen soll die Leistungsfähigkeit des Gesamtverkehrs gesichert werden.“ Das steht im Widerspruch zum Gegenvorschlag des Stadtrates. Ein flüssiger und steter Verkehrsfluss kann zu den erforderlichen Verkehrskapazitäten beitragen. Die FDP-Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag: „Auf dem kommunalen Strassennetz abseits der Hauptachsen werden verkehrsberuhigte Zonen eingeführt, soweit es dem Bedürfnis des betroffenen Quartiers entspricht.“

Ch. Ulrich (SP): Diese Schwarzmalerei ist unnötig. Der Stadtrat hat einen guten Vorschlag gemacht. Einerseits will er die von F. Helg erwähnte Tradition wahren und andererseits will er die Möglichkeit haben, proaktiv, ohne dass sich die Bevölkerung organisieren muss, eine verkehrsberuhigte Zone zu initiieren. Das heisst nicht, dass das von oben verordnet wird ohne auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu achten. Zudem können solche Massnahmen im Gemeinderat diskutiert werden. Der Stadtrat will verkehrsberuhigte Zonen nicht einfach einführen, er will diese prüfen. Niemand hat Interesse daran, dass der Verkehr nicht mehr fliesen kann. Aber dort wo Entschleunigung möglich ist, soll der Stadtrat Massnahme prüfen können. Der stadträtliche Gegenvorschlag ist besser als der Änderungsantrag der FDP.

F. Landolt (SP): Es ist nicht so, dass der Verkehr generell entschleunigt werden soll. Die SP ist dort wo es notwendig ist für einen flüssigen Verkehr. Der öffentliche Strassenraum soll aber aufgewertet werden. Das ist der wichtige Punkt.

D. Oswald (SVP): Heute erleben die Ratsmitglieder ein Musterbeispiel an ideologischer Verkehrspolitik. Der Gegenvorschlag der FDP wird von der SVP unterstützt. Wenn es so wäre, wie Ch. Ulrich sagt, nämlich dass im Gemeinderat über einzelne Massnahmen diskutiert werden kann, dann kann auch der Änderungsantrag der FDP angenommen werden. Wenn der stadträtliche Gegenantrag angenommen wird, dann wird es im konkreten Fall heissen, eigentlich muss nicht darüber diskutiert werden, es steht ja im Gesetz.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Änderungsantrag der FDP abstimmen.

Der Rat stimmt dem Gegenvorschlag des Stadtrates mit 32 zu 22 Stimmen zu.

Ziff. 2.1 Abs. 6, 4. Aufzählung: keine Anträge

Ziff. 2.1 Abs. 6, 5. Aufzählung: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist die Ziffer 2.1 bereinigt.

Ziff. 2.2: keine Anträge

Ziff. 2.3: keine Anträge

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 1 abstimmen: Die kommunale Volksinitiative „zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Winterthur“ wird abgelehnt und mit der Empfehlung zur Verwerfung der Volksabstimmung unterbreitet.

Der Rat lehnt den Antrag 1 mit 28 zu 26 Stimmen ab und stimmt damit der Volksinitiative zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 2 – Gegenvorschlag des Stadtrates in Form einer Ergänzung des Richtplans mit den beschlossenen Änderungen – abstimmen:

Der Rat stimmt dem Antrag 2 mit 32 zu 22 Stimmen zu, damit hat der Rat auch den Gegenvorschlag des Stadtrates angenommen.

F. Helg (FDP) beantragt ein Time-out. Diese Ausgangslage hat niemand erwartet. F. Helg möchte sich kurz mit der Fraktion absprechen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Ratsmitglieder haben 5 Minuten Zeit, sich zu beraten.

Ratspräsidentin U. Bründler hat eine Lösung für das Problem gefunden auch wenn sich die Juristen nicht ganz einig sind. Aber laut Gesetz über die politischen Rechte ist es nicht nötig über eine Stichfrage abzustimmen. Wenn der Gegenvorschlag angenommen wird, wird dieser automatisch favorisiert. Die Initiative wurde ebenfalls angenommen. Ratspräsidentin U. Bründler dankt den Ratsmitgliedern für die Geduld.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2010/072: Antrag und Bericht zur Budget-Motion R. Keller (SVP) und EVP/EDU-Fraktion betreffend Personalausbau bei der Stadtpolizei Winterthur

R. Keller (SVP): Die Budget-Motion betreffend Personalausbau der Stadtpolizei hält offensichtlich formell nicht stand. Der Stadtrat beruft sich auf die Mehrjährigkeit der Motion. R. Keller wird das Instrument der Budget-Motion in der Aufsichtskommission (AK) thematisieren. Er zieht den Antrag zurück.

Persönliche Erklärungen

N. Gugger (EVP/EDU): Als Mitmotionär bedauert er den Rückzug. Von Links bis Rechts sind sich die Ratsmitglieder einig, dass die Sicherheit der Stadt sehr wichtig ist. Jedes Wochenende gibt es Schlägereien. Die EVP/EDU-Fraktion wird im Rahmen der Budgetdebatte diese Forderung genau prüfen.

Ch. Denzler (FDP) gratuliert dem Motionär und der SVP zum Rückzug der Budget-Motion. Es ist ein weiser Entscheid. Über den Personalausbau bei der Stadtpolizei muss aber noch diskutiert werden. Der Bevölkerung von Winterthur ist die Sicherheit das Wichtigste. Das müssen die Ratsmitglieder aufnehmen und im Rahmen der nächsten Budgetdebatte diskutieren. Die FDP wird das Anliegen wohlwollend prüfen.

Stadtrat M. Künzle ist froh, dass diese Fragestellung von R. Keller lanciert wurde. Er ist auch zufrieden, dass die Budget-Motion aufgrund der Diskussionen in der Kommission und der rechtlichen Beurteilung seitens des Stadtrates zurückgezogen wurde. Das Parlament wird in den kommenden Wochen und Monaten Gelegenheit haben, über das Thema Sicherheit zu diskutieren. Der Stadtrat hat zwei Interpellationen bereits beantwortet. Der Rat hat dadurch Gelegenheit sich intensiv mit dem Thema Sicherheit auseinanderzusetzen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Traktandum abgeschlossen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2008/113: Fristerstreckung für Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Auslagerung des Vollzugs der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion ist mit der Fristerstreckung, wie sie beantragt ist, einverstanden.

Ratspräsidentin Bründler: Da keine weiteren Wortmeldungen oder Gegenanträge bestehen, beschliesst der Rat die beantragte Fristerstreckung einstimmig.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2010/019: Abschreibung der altrechtlichen Motion von E. Wohlwend (SP) betr. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen

E. Wettstein (SP): Die Motion wurde am 2. Oktober 1989 eingereicht und wird heute, am 8. November 2010, hoffentlich im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Die Motion war damit 21 Jahr unterwegs. In einer Volksabstimmung hat das Volk das Radwegprojekt abge-

lehnt. Unterdessen wurde auf dieser Strasse ein Radstreifen markiert. Die Stadtpolizei hat jetzt die Bahnunterführung beim Kindergarten Grüntal neu als Fussweg mit der Zusatztafel „Velo im Schrittempo gestattet“ markiert. Somit ist die Motion erfüllt. Auf eine Erweiterung der Unterführung wurde aus finanziellen Gründen verzichtet. Jetzt dürfen die Schülerinnen und Schüler mit dem Velo bis zum Schulhaus Bühlwiesen fahren. Vielleicht fühlen sich die Fussgängerinnen und Fussgänger dadurch nicht mehr ganz so sicher. Wer aber seit Jahren illegal durch diese Unterführung gefahren ist, kann sich jetzt freuen. Schade nur, dass nicht bereits vor 20 Jahren diese Tafel mit dem Zusatztext montiert wurde. Die Sachkommission Bau und Betriebe ist einstimmig für diesen Antrag. Auch die SP stimmt der Abschreibung zu.

M. Stauber (Grüne/AL) zeigt die Situation anhand eines Bildes. Auf Seite 2 der Weisung steht: „Die Stadtpolizei hat die Bahnunterführung beim Kindergarten Grüntal von der Bachwiesenstrasse zur Strasse Auf Pünten neu als Fussweg mit der Zusatztafel „Velo im Schrittempo gestattet“ signalisiert. Vor über 5 Jahren hat die Arbeitsgruppe Velo vorgeschlagen, die Unterführung für Velos mit relativ einfachen Massnahmen zu öffnen. Das ist eine sehr kostengünstige Lösung. Die Verwaltung hat diesen Vorschlag abgelehnt. Vor etwa zwei Jahren hat der Landbote über diese Motion berichtet. Die Arbeitsgruppe Velo hat daraufhin erneut die Öffnung der Unterführung vorgeschlagen. Nach zweimaligem Nachfragen wurden die entsprechenden Tafeln schlussendlich aufgestellt und die entsprechenden Markierungen angebracht. Damit kann diese altrechtliche Motion abgeschrieben werden. Auch die Arbeitsgruppe Velo ist erfreut, dass endlich eine Lösung gefunden wurde. Es war aber nicht ganz einfach diese Lösung zu erreichen.

B. Meier (GLP/PP) bedauert sehr, dass der Motionär Stadtpräsident E. Wohlwend die Abschreibung dieser Motion aus dem Protokoll entnehmen muss. Es ist aber ein schönes Beispiel, dass eine Motion nach 21 Jahren abgeschrieben werden kann, ohne dass Mauern eingerissen werden müssen. Bisher sind viele mit dem Velo durch diese Unterführung gerast. Jetzt darf man legal aber nur im Schrittempo die Unterführung durchfahren. Das ist vielleicht auch eine Entschleunigungsmassnahme, zu der alle Ja sagen können.

R. Isler (SVP): Eigentlich gibt es nichts mehr dazu zu sagen. Es stösst aber etwas sauer auf, dass es diese Signalisation nach SSV gar nicht gibt. Es gibt Fusswege, Radwege oder kombinierte Fuss- und Radwege, die entsprechend markiert werden müssen. In der Altstadt wurden sinnlose Vorschriften erlassen, man durfte beispielsweise nur im Schrittempo fahren. Es gibt bis heute noch kein Gerichtsurteil darüber, was unter Schrittempo zu verstehen ist. Dass eine Signalisation angebracht wird, die es gemäss Gesetz gar nicht gibt, ist stossend. Das ist auch hier der Fall. Entweder handelt es sich um einen Fussweg oder um einen Radweg. Wenn man die Durchfahrt nach der gültigen Strassensignalisation umsetzen will, muss das schmale Strässchen in einen Rad- und einen Fussweg unterteilt werden. Dieses Manko ist zu bemängeln. Die Sache hat 21 Jahre gedauert. Es ist bedenklich, dass jetzt eine Lösung umgesetzt wird, die nicht dem Gesetz entspricht.

Stadträtin P. Pedergnana wird dem Stadtpräsidenten das Resultat mitteilen. Er muss es nicht im Protokoll lesen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Somit ist der Rat dem Antrag des Stadtrates gefolgt und hat die altrechtliche Motion abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2010/027: Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP), und M. Zeugin (GLP) betreffend reduzierter Salzeinsatz im Winterdienst – Holzspäne statt Splitt

R. Diener (Grüne/AL): Im letzten Winter konnte nicht mehr genügend Streusalz geliefert werden. Das hat dazu geführt, dass zeitweise nur noch die Hauptstrassen gesalzen werden konnten. Auf den Nebenstrassen und den Kommunalstrassen wurde teilweise kein Salz mehr ausgebracht. Dieser Zustand dauerte über mehrere Wochen. Es war ein Experiment, wie es besser nicht hätte organisiert werden können. Der Landbote hat am 12. Februar 2010 folgende Aussage der Polizei zitiert: „Wenn der Winter sichtbar ist, fahren die Leute vorsichtiger. Auf schneebedeckten Strassen kommt es zu weniger Unfällen.“ Es gab wenige negative Reaktionen. Viele Leute haben sich über die verschneiten Strassen gefreut. Tatsächlich musste keine signifikante Zunahme von Unfällen festgestellt werden. Das ist eine echte Win-win Situation, die weitergeführt werden soll. Ähnliche Erfahrungen haben auch andere Städte gemacht. Einige Städte verzichten seit längerem auf das flächendeckende Salzen des kommunalen Strassennetzes – zum Beispiel die Stadt Uster. Damit können Ressourcen gespart und die Lebensqualität kann verbessert werden. Salz, das nicht immer in genügenden Mengen vorhanden ist, ist eine Ressource, die jeweils eingekauft werden muss. Zudem muss die Stadt Zeit und Energie aufwenden, um das Salz zu verteilen. Das sind ebenfalls Ressourcen, die teilweise eingespart werden könnten. Der reduzierte Salzeinsatz schont die Natur, die Tiere, die auf den Strassen unterwegs sind und die Fahrzeuge. Insgesamt entsteht ein grosser Nutzen für die Umwelt und für die Natur.

Nicht zuletzt gewinnt die Stadt an Lebensqualität. Das zeigen die Aussagen von vielen Leuten. Die Grüne/AL-Fraktion regt mit diesem Postulat an, den minimalen Salzeinsatz künftig auf den Winterthurer Strassen zum Standard werden zu lassen. Zumindest sollte diese Option gründlich geprüft werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass dieses Anliegen zum Nutzen aller umgesetzt werden könnte. Es gibt aber Bereiche, die gesalzen werden müssen oder allenfalls mit Alternativen behandelt werden könnten – nämlich Trottoirs und Gehwege. Der letzte Winter hat gezeigt, dass die Gefahr zu stürzen, insbesondere für ältere Leute, relativ gross ist, wenn der Schnee liegenbleibt. Deshalb muss mit geeigneten Massnahmen die Gefahr reduziert werden. Dabei können auch Alternativen getestet werden. Hier bietet sich die Variante mit Holzspänen an, die in La Chaux de Fonds seit Jahren angewendet wird. Die Grüne/AL-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen und damit Winterthur zu mehr Lebensqualität und mehr Umweltfreundlichkeit zu verhelfen.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Es liegt ganz auf der Linie, weniger ist mehr. Weniger Salz lässt die weisse Pracht länger leben. Weniger Salz bedeutet auch, dass die Verkehrsteilnehmenden mehr Rücksicht nehmen. Das erhöht die Sicherheit. Weniger Salz bedeutet auch einen Beitrag an die Stadtkasse. Das Salz ist nicht gratis. Zudem bedeutet weniger Salz einen Beitrag an eine vereinfachte Entwässerung. Dass für die Fussgänger Massnahmen getroffen werden, versteht sich von selber. Die SP-Fraktion bittet den Rat, das Postulat zu überweisen, damit der Stadtrat einen Versuch starten kann.

L. Banholzer (EVP/EDU): Über die nachteilige Wirkung von Salz wurde bereits gesprochen und darüber, dass Salzen auf den Nebenstrassen nicht unbedingt notwendig ist. Sind sich die Verkehrsteilnehmer gewohnt, dass der Schnee im Normalfall liegen bleibt, passen sie sich an. Das sieht man auch in den Winterferien. Im Normalfall kommt man mit dem Schnee, der auf den Strassen liegenbleibt, bestens zurecht. Dass die Situation für die Fussgänger im letzten Jahr prekär war, muss ebenfalls gesagt werden. Betreffend Sicherheit sollten deshalb keine Kompromisse gemacht werden. Die EVP/EDU-Fraktion kann sich vorstellen, dass in Zukunft neben Salz auch Holzspäne ausprobiert werden. Das Strasseninspektorat scheint bereit zu sein, im nächsten Winter einen Versuch zu starten. Dieser Versuch soll in der Folge

ausgewertet werden damit die Standards für den Winterdienst neu festgelegt werden können. Die EVP/EDU-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

A. Steiner (GLP/PP): Die Thematik Salz ist bereits aktuell. Letzte Woche stand im Stadtanzeiger, dass die Salzvorräte wieder aufgefüllt sind. A. Steiner hat sich gefragt, ob im Tiefbauamt der Umweltbericht gelesen worden ist. Zitat aus dem Umweltbericht 2009: „Die Wasserqualität der Winterthurer Fließgewässer ist tendenziell etwas gestiegen. Ein Problem ist jedoch nach wie vor der hohe Chloridgehalt. Dieser hängt mit dem Einsatz von Tausalz zusammen. Abhilfe kann ein verstärkter Einsatz von Alternativprodukten wie Sand oder Splitt schaffen. Besonders wichtig ist, dass das Salz nicht direkt auf die Schneedecke gestreut wird, denn wenn Wege und Strassen nicht vorher mechanisch geräumt werden, bedarf es grosser Mengen Salz, um sie vom Schnee zu befreien.“ Dieses Postulat ist sehr wichtig. A. Steiner regt an, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das auch den Aussagen aus dem Umweltbericht gerecht wird und allgemein die Salzmenge zu reduzieren.

W. Langhard (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Es klingt nicht schlecht, wenn Holzspäne als eine Alternative zum Salz angepriesen werden. Aber Winterthur liegt 500 Meter über Meer. Deshalb sind Holzspäne nicht geeignet. In Davos ist das sicher eine Alternative. Auf eine kompakte Schneedecke muss man kein Salz streuen. Ab einer gewissen Höhe bleibt der Schnee für Wochen oder gar Monate liegen. Darauf kann man sich einstellen. Aber in Winterthur liegt der Schnee jeweils nur für ein bis zwei Tage danach taut es meist wieder. Bei Tauwetter werden Holzspäne nass und nasses Holz ist sehr rutschig. Das führt zu Stürzen. Holzspäne sind für den Einsatz auf den Strassen von Winterthur nicht geeignet. Die Sicherheit wäre damit nicht gewährleistet. Bisher haben alle nur von den Fussgängern geredet. Was ist aber mit den Velofahrern? Im letzten Jahr, als weder gepfadet noch gesalzen wurde, war Velo fahren sehr schwierig. Die Buschauffeure haben ebenfalls keine Freude, wenn die Strassen nicht gesalzen werden. Letztes Jahr waren die Strassenverhältnisse sehr schwierig. Bisher war immer die Rede von Nebenstrassen, die nicht gesalzen werden sollen. Es handelt sich dabei aber um Quartierstrassen, die stark genutzt werden. Der Salzeinsatz kann sicherlich etwas reduziert werden. Die Sicherheit muss aber gewährleistet sein. Jeder Hausbesitzer muss den Eingang schneefrei halten um Unfälle zu vermeiden. Und woher soll das Holz kommen? Holz wird auch für Holzschnitzelheizungen genutzt. Das Strasseninspektorat hat zudem nicht nur Freude an dieser Alternative. Die Holzspäne schwimmen auf dem Wasser und können die Kanalisation verstopfen. Damit kann das Wasser nicht mehr ablaufen und in der Kläranlage können die Rechen verstopft werden. Das kann zu Ausfällen führen. Es sprechen genügend Argumente gegen die Überweisung des Postulats.

R. Isler (SVP): Das Votum der Grünen erstaunt, ist doch Stadtrat M. Gfeller zuständig für Stadtbus und für die Kehrriechtabfuhr. Die Postulanten sollten diese beiden Organisationen fragen, was sie von einem reduzierten Salz-Einsatz halten. Je nach Einsatzzeiten haben genau diese Organisationen letzten Winter zwischen 5.00 und 6.00 Uhr angerufen und verlangt, dass die Strassen gesalzen werden. Das Pech ist, dass die Strassen in Winterthur zum Teil sehr steil sind. Stadtbus ruft oft als erstes an und verlangt den Einsatz von Salz, weil die Busse nicht mehr weiter kommen. Dasselbe passiert den Kehrriechwagen. Man könnte jetzt sagen, die Kehrriechwagen sollen erst dann wieder fahren, wenn der Schnee geschmolzen ist. Dann herrschen in Winterthur aber bald Zustände wie in Neapel. Das wäre auch nicht angenehm. Nur die Hauptstrassen mit Salz zu bestreuen, funktioniert nicht. Die Kehrriechwagen müssen auch die Quartiere erreichen können. Die Mehrheit der Bevölkerung wohnt in den Quartieren und nicht an einer Hauptstrasse. Wer soll den Kehrriech abholen, wenn nicht die Männer der KVA? Wenn diese nicht mehr weiterkommen mit den Lastwagen, kann der Kehrriech nicht mehr abgeholt werden. Das montieren von Schneeketten ist auch kein Allheilmittel, sie zerstören den Strassenbelag, wenn zu wenig Schnee liegt. Wenn die Grüne/AL-Fraktion ihren Stadtrat fragen würde, könnten solch sinnlose Vorstösse verhindert werden.

R. Keller (SVP): Wenn die Strassen nicht mehr gesalzen werden, werden die Autos an einem Lichtsignal kaum anfahren können. Das gleiche passiert dem Bus. Alle wollen eine gewisse Sicherheit auch die Leute in den Bussen. R. Keller wartet nur darauf bis der erste Bus in der Breite die Strasse hinunterrutscht.

M. Stutz (SD): Wenn Holzspäne anstelle von Salz eingesetzt werden, wird das in der Kläranlage zu enormen Problemen führen. Man muss mit Verstopfungen rechnen. Auch in den Grobstoff-Abscheidern werden Probleme auftauchen. Dadurch werden Kosten entstehen. Ausserdem dauert es einige Zeit, bis Holzspäne biologisch abgebaut sind. Wie man lesen konnte, ist die Schlammverteilung nach 2016 nicht mehr möglich. Sämtlicher Schlamm muss dann nach Zürich transportiert und verbrannt werden. Auch das ist ökologisch nicht sinnvoll.

H. Keller (SVP) hatte im letzten Winter Gelegenheit im Berner Oberland eine mit Holz-schnitzeln bestreute Strasse zu begutachten. Die Fachleute der betroffenen Gemeinde waren der Meinung, dass im Berggebiet Holz schnitzeln eine gute Alternative darstellen, weil der Schnee meist über Wochen oder Monate liegenbleibt. Aber im Flachland, wo es jeden dritten Tag regnet, wird das nicht funktionieren. Bereits jetzt herrscht in der Region ein enormer Mangel an Holz schnitzeln. Der Winterthurer Stadtförster hat mit den Aussengemeinden bereits Verträge abgeschlossen, damit die Holz schnitzelnheizungen betrieben werden können. Wenn das Holz aus der Tschechei importiert werden muss, um Salz einzusparen, ist das nicht sinnvoll.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich gegenüber dem Postulatsanliegen offen. Wenn es eine bessere Lösung als Salz gibt, wird die Fraktion dem nicht im Weg stehen. Aber was heisst eine bessere Lösung? Mit einer Antwort kann der Stadtrat die verschiedenen Aspekte aufzeigen und die Probleme in Bezug auf die Ökologie, die Sicherheit und das Abwassersystem überprüfen. Ohne Salz wird die Stadt auch in Zukunft nicht auskommen. Die Situation war im letzten Winter für die Fussgänger sehr prekär. Die Aussage von R. Diener, es habe keine Probleme gegeben, ist nicht ganz richtig. Viele ältere Leute haben das Haus nicht mehr verlassen. All diese Aspekte müssen überprüft werden.

Ch. Ulrich (SP) ist erstaunt über die meteorologische Uneinigkeit in der SVP. W. Langhard spricht von wenig Schnee. R. Isler spricht von so viel Schnee, dass in Winterthur bald neapolitanische Verhältnisse herrschen könnten. Die SVP sollte sich über diesen Punkt einigen. Es macht durchaus Sinn eine Alternative zum Salz zu prüfen. Ch. Ulrich fährt fast bei jeder Witterung mit dem Velo. Er muss auch damit rechnen einmal pro Jahr zu stürzen. Das gehört dazu. Er fährt aber wesentlich lieber auf Strassen, die nicht gesalzen worden sind. Wenn er morgens um 6.00 Uhr auf einer Strasse fährt, die gesalzen worden ist, dann muss er damit rechnen, dass sich eine Eisschicht gebildet hat, die er in der Dunkelheit nicht sehen kann. Das führt zu Stürzen. Deshalb ist er froh, wenn nicht gesalzen wird. Als Velofahrer kann er dann den Strassenzustand viel besser erkennen. Durch das Salzen bildet sich zudem auf den Strassen und Trottoirs Schneematsch. Sicher ist die Situation manchmal prekär für Fussgänger. Mit dem Salzeinsatz wird die Situation aber nicht wesentlich verbessert, weil sich überall in der Stadt Schneematsch bildet. Letzten Winter waren die Strassen längere Zeit schneebedeckt. Das ist wesentlich angenehmer als Schneematsch. Es geht aber jetzt darum, sinnvolle Alternativen zu prüfen. Insbesondere auch deshalb, weil Salz knapp werden kann. Die Überweisung des Postulats hätte zur Folge, dass die Stadt bei einer neuerlichen Salzknappheit vorbereitet wäre. Insbesondere der Zugang der Blaulichtorganisationen kann schwierig werden. Damit die Sicherheit in jedem Fall gewährleistet ist, müssen saubere Alternativen geprüft werden. Es macht deshalb Sinn das Postulat zu überweisen.

A. Steiner (GLP/PP): Alle Mutmassungen, ob Alternativen funktionieren oder nicht, kann der Gemeinderat beiseite lassen. Die Stadt Bern, die etwa auf der gleichen Höhe liegt wie Winterthur, verfügt bereits über entsprechende Erfahrungen, davon kann Winterthur profitieren. Es gibt Einsatzbereiche, in denen sich die Holz schnitzeln bewährt haben.

R. Diener (Grüne/AL): Der Einsatz von Salz soll lediglich reduziert werden. Von einem vollständigen Verzicht ist in diesem Postulat nicht die Rede. Niemand hat davon gesprochen, dass auf den Hauptstrassen kein Salz mehr eingesetzt werden soll. Im Gegenteil, dort wird Salz weiterhin benötigt. Auch für die Sicherheit der Busse kann auf einen Salzeinsatz nicht verzichtet werden. Es geht darum, dass auf dem untergeordneten kommunalen Netz auf eine Überdosis Salz verzichtet wird und Alternativen geprüft werden. Es geht auch darum, dass im Bereich der Fussgänger die Sicherheit gewährleistet werden kann. Wenn keine Alternativen möglich sind, müssten auch die Gehwege weiterhin gesalzen werden. Mit dem Postulat sollen die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten geprüft werden. Das ist der Zweck dieses Postulats.

Stadträtin P. Pedernana: Vor ca. zwei Wochen ist das erste Mail zum Thema Glatteis bei der Stadt eingegangen. Kurz hintereinander sind mehrere Velofahrer gestürzt. Das hat zu Reklamationen geführt. Das Strasseninspektorat hat daraufhin die Stelle gesalzen und eine Warntafel aufgestellt. Danach hat sich ein Mann für die rasche Reaktion bedankt. Salzen ist ein Gebiet auf dem alle Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur mitreden können. Auch die Ratsmitglieder haben entsprechende Erfahrungen gemacht. Stadträtin P. Pedernana stellt aber fest, dass im Parlament relativ wenig Verständnis für sturzgefährdete Betagte vorhanden ist. Diesen Aspekt wird die Stadträtin einbringen müssen. Die Ratsdebatte war aber ausserordentlich interessant. Ganz sicher lohnt es sich beim Verfassen der Antwort, das Ratsprotokoll zu lesen. Stadträtin P. Pedernana nimmt das Postulat sehr gerne entgegen. Beide Seiten haben zum Teil Recht. Sowohl diejenigen, die den Umweltschutz in den Vordergrund stelle, wie auch diejenigen, die nicht zu viele Stürze riskieren wollen. Wenn der Rat das Postulat überweist, kann der Stadtrat die Gelegenheit nutzen, um seine Praxis zu erklären und auch um auf neue Ideen einzugehen und Alternativen zum Salz zu prüfen.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Ablehnungsantrag abstimmen.

Der Rat stimmt der Überweisung des Postulats mit 37 zu 17 Stimmen zu. Damit ist das Postulat zur Bearbeitung an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Reservesitzung vom 13. Dezember 2010 wird durchgeführt zur Verminderung der pendenten Traktanden. Um 21.00 Uhr wird die Sitzung beendet. Ratspräsidentin U. Bründler lädt im Anschluss die Ratsmitglieder zu einem Apéro ein. Am 6. Dezember 2010 wird das Budget beraten.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2009/052: Imeri geb. Neloski Safetka, geb. 1964, mazedonische Staatsangehörige

S. Gigax (GLP): Die Bürgerrechtskommission hat den Antrag auf Rückstellung um ein Jahr gestellt aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und mangelnder Kenntnisse über die Schweiz.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

2. B2009/061: Ferati geb. Veseli Ibadete, geb. 1982, mazedonische Staatsangehörige mit Ehemann Ferati Shenasi, geb. 1975, mit Kindern Yllzon, geb. 2002, Ensar, geb. 2003 und Elma, geb. 2008, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

R. Diener (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt die Teilung des Gesuchs. Die Familie hat in die Teilung eingewilligt. Herr Ferati und die Kinder sollen in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen werden, weil er die Voraussetzungen erfüllt, sowohl was die Sprache als auch das Wissen anbetrifft.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme von Ferati Shenasi, geb. 1975 mit den Kindern Yllzon, geb. 2002, Ensar, geb. 2003 und Elma, geb. 2008 ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

R. Diener (SP): Frau Ferati erfüllt diese Voraussetzungen weder in sprachlicher Hinsicht noch hinsichtlich der Kenntnisse über die Schweiz. Deshalb beantragt die Bürgerrechtskommission die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung von Ferati geb. Veseli Ibadete, geb. 1982 um 1 Jahr.

3. B2010/005: Jevtic Dragoslav, geb. 1953 und Ehefrau Jevtic geb. Stankovic Marcia, geb. 1961, mit Kind Juliana, geb. 2000, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

W. Steiner (SVP): Die Bürgerrechtskommission beantragt die Teilung des Gesuchs. Herr Jevtic und die Tochter Juliana sollen ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen werden. Herr Jevtic erfüllt die Anforderungen für eine Aufnahme ins Schweizer Bürgerrecht.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme von Jevtic Dragoslav, geb. 1953 mit Kind Juliana, geb. 2000 ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

W. Steiner (SVP): Frau Jevtic erfüllt die Anforderungen hinsichtlich der Sprache und der Kenntnisse über die Schweiz nicht und soll um ein Jahr zurückgestellt werden.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:3 Stimmen) und beschliesst die Rückstellung von Jevtic geb. Stankovic Marcia, geb. 1961 um ein Jahr.

4. B2010/032: Vinasithamby Sivaseelan, geb. 1966 und Ehefrau Sivaseelan geb. Veerasingam Vasanthini, geb. 1966, mit Kind Sivaseelan Oviyah, geb. 1997, srilankische Staatsangehörige

J. Romer (SP): Die Gesuchstellenden verfügen nicht über genügend Deutschkenntnisse. Auch die Kenntnisse über die Schweiz genügen nicht. Deshalb beantragt die Bürgerrechtskommission die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:3 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein Jahr.

5. B2010/033: Crämer Agnes, geb. 1964, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2010/034: Csekö Moser geb. Lázár Maria Marta, geb. 1945, ungarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2010/035: Hoti Gzim, geb. 1972, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2010/037: Mauchle geb. Verder Maria Shiela, geb. 1973, mit Kind Brian Gabriel, geb. 2005, philippinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2010/038: Romualdi Valter, geb. 1950 und Ehefrau Nesti Licia Maria, geb. 1950, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2010/039: Senoglu Ayse, geb. 1985, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2010/040: Zeqiri Ramë, geb. 1957, mit Kind Erenik, geb. 2004, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2010/041: Beganovic Sanela, geb. 1975, mit Kind Samardzic Haris, geb. 1998, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2010/042: Berati geb. Sulejmani Bedrije, geb. 1971, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2010/044: Kryeziu geb. Shala Jetmire, geb. 1980 und Ehemann Kryeziu Jashar, geb. 1978, mit Kindern Florian, geb. 2002 und Florenta, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige

Ch. Ingold (EVP): Herr und Frau Kryeziu verfügen über genügend Sprachkenntnisse. Die Kenntnisse über Staatspolitik und Gesellschaft sind aber mangelhaft. Die Bürgerrechtskommission stellt deshalb den Antrag das Ehepaar um ein halbes Jahr zurückzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

15. B2010/045: Spasic Jovan, geb. 1953, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2010/046: Testa Malik geb. Testa Sonia, geb. 1973, italienische Staatsangehörige und Ehemann Malik Mubarik Ali, geb. 1982, pakistanischer Staatsangehöriger, mit Kind Malik Samira, geb. 2009, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2010/047: Kadriu geb. Miftari Emine, geb. 1978, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige und Ehemann Kadriu Afrim, geb. 1977, mazedonischer Staatsangehöriger, mit Kindern Senada, geb. 2002, Semra, geb. 2002 und Hana, geb. 2009, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2010/048: Karabacak Burhan, geb. 1971, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2010/049: Karakoca Hasan, geb. 1970 und Ehefrau Karakoca geb. Köçer Hanife, geb. 1970, mit Kindern Handan, geb. 1993 und Hande, geb. 2000, türkische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

20. B2010/050: Stevanovic geb. Mrdjen Dijana, geb. 1980, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2010/051: Zogaj geb. Morina Have, geb. 1955 und Ehemann Zogaj Regjep, geb. 1949, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2010/052: Coric Ivan, geb. 1966, kroatischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2010/053: Crnovrsanin Hajrudin, geb. 1972, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2010/057: Kastrati Avni, geb. 1963 und Ehefrau Kastrati geb. Bajrami Nerxhihane, geb. 1962, kosovarische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

25. B2010/058: Koca Kenan, geb. 1981, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2010/059: Krämer Reinhold Heinrich, geb. 1959 und Ehefrau Hübecker Krämer geb. Hübecker Astrid, geb. 1960, mit Kind Krämer Clara-Sophie, geb. 2001, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2010/060: Maliqi Zeqir, geb. 1953 und Ehefrau Maliqi geb. Beqiraj Nafije, geb. 1957, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2010/061: Misimi Rasim, geb. 1959 und Ehefrau Misimi geb. Shali Alime, geb. 1958, kosovarische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

29. B2010/062: Sola Ilija, geb. 1958 und Ehefrau Sola geb. Jonjic Ruza, geb. 1961, kroatischer Staatsangehöriger

Noch nicht behandlungsreif

30. B2010/063: Somasundaram Kandeepan, geb. 1970 und Ehefrau Kandeepan geb. Sivasubramaniam Vijitha, geb. 1976, mit Kindern Kandeepan Vithun, geb. 2003 und Kandeepan Viman, geb. 2005, srilankische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

31. B2010/107: Paula Domingos de Sousa Lidia, geb. 1997, angolische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

32. B2010/112: Aksoy Eren Cagri, geb. 1997, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert zur Aufnahme ins Winterthurer Bürgerrecht und wünscht allen viel Glück auf dem weiteren Weg zum Schweizerpass.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

U. Bründler-Krismer (CVP)

D. Schraft (Grüne)

J. Lisibach (SVP)